ZECK das info aus der roten flora

Nr. 82 | September 1999

Prozess-beginn am 3.9.99 gegen Safwan Eid in Kiel







Impressum

V.i.S.d.P.: P. Schulze, Beim grünen Jäger 38, 20357 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigendruck im Selbstverlag

Inhalt

Huhu!?

Die Freibäder sind geschlossen, die Tage werden wieder kürzer, und die lange Sommerpause ist vorbei. So sind auch wir wieder aus unseren Schneewittchen-Tiefkühlruhetruhen erstanden und haben uns an die Produktion dieser Nummer gemacht. Entschuldigt all Ihr AbonentInnen im Land, Ihr süchtigen LeserInnen und ArchivarInnen:
Wir haben Euch im August schnöde im Stich gelassen. Aber auch ehrenamtliches Sein braucht Erholung....
Genug geschwafelt. Auf geht's in den heißen Herbst! Fahrt nach Kiel zu Safwans Prozeß!
Und, last but not James: Viel Spaß auf dem SchanzenviertelJahrtausendabschlußfest!!
Eure redakziön

Hamburger Frauenzeitung

sagt tschüß

18 Jahre ist die *Hamburger Frauenzeitung* alt geworden und hat sich damit als eines der haltbarsten feministischen Zeitungsprojekte im deutschsprachigen Raum erwiesen. Nun springt sie nach dem einmütigen Beschluß ihrer Redaktion in den bereits seit längerem lockenden Sarg – der Mühsal, die Vertriebsanforderungen der Post verstehen zu müssen, für immer enthoben; bereit zum ewigen Schweigen. Jedenfalls, solange nicht eine kommt und den Deckel anhebt. Der würde sie was erzählen! Von Mädchen und von Filmtheorie, von Komputern und Cörpern, von Transsexualität, Ökonomie und Asylrecht, von Antisemitismus in der Frauenbewegung, Bevölkerungspolitik im NS und in der BRD, von Aids, Europa, Tschernobyl, Neuen Männern, Rentenpolitik... Das liest sich unbequem so in der Reihe und muß vielleicht deshalb im Dunkeln aufeinander liegen. Heft auf Heft im Pappgrab autonomer Diskurse dümpeln, so ist's bequem. Und gar nicht einsam.

In den letzten 18 Jahren muß irgendetwas verschwunden worden sein, das feministische Zeitungsprojekte zur Aufrechterhaltung ihrer signifikanten Praxen zu benötigen scheinen. Vielleicht läßt sich dies Verschwundene meteorophorisch als diskursiver Wind umschreiben, der nicht mehr genügend Buchstaben zu Artikelhaufen zusammenweht? Wahrscheinlicher aber fehlt der Rinnstein, in dem sich Haufen sammeln könnten. Am Ende wurde es recht anstrengend, das Drucklaub mit einer Harke zusammenzukehren. Müde sind die alten HFZetten geworden.

Müde und schuldvoll. Hier ist unsere Kontonummer: 400788205, BLZ 20010020, Postgiro Hamburg.

Am 20. September um 19 Uhr wird es in der Villa Magdalena K., Bernstorffstr. 160a, ein Treffen geben. Wir dachten, vielleicht finden sich Lesben und/oder Frauen, die mit der HFZ ins nächste Millennium segeln oder die etwas Neues versuchen wollen?

Da gibt es einen Computer (unser gescheiterter Modernisierungsversuch), Aktenordner, interessante Steuererklärungen, Staub und sogar Leserinnen, denen etwas fehlen könnte. Wie auch immer, die Leichenfeier lassen wir uns nicht nehmen: Ende Oktober oder Anfang November in der Roten Flora!

Kontakt: Hamburger Frauenzeitung, c/o Villa Magdalena K., Bernstorffstr. 160a, 22767 Hamburg, AB und Fax 040/430 35 70 (Villa Magdalena K.)

die (letzten) HFZetten



Erstverleihung der „Roten Feder" gescheitert.

Der zukünftig regelmäßig von der Roten Flora zu verleihende Hauptpreis für politisch korrekten Journalismus – die Rote Feder- konnte im Monat Mai nicht übergeben werden. Trotz vorheriger mündlicher Zusagen war gegenüber der Preiskomission keine der verantwortlichen Schreibkräfte der BILD-Redaktion zu einer persönlichen Entgegennahme bereit. Mit Befremden und stummem Erstaunen registriert die Komission, daß über die sich im Artikel manifestierende politische Übereinstimmung hinaus, die zwischenmenschlichen Kontakt- und Kooperationsformen durchaus noch auf stabilere Füße gestellt werden könnten. Doch auch ohne Preisübergabe sehen wir die ersten zögerlichen Schritte der BILD-Zeitung als Erfolg an, beweist doch die kritisch-solidarische, beinahe suggestiv aufwertende Parteilichkeit für das Projekt eines linksradikalen Zentrums, daß auch im Hause Springer ein Aufbrechen alter, überkommener, stinkender Schwarz-Weiß-Denkmuster stattfindet.
Mit sozialistischem Geschwistergruß und in kämpferischer Verbundenheit, Rote Flora 13.Mai 1999



Wir kommen wieder

80 AntifaschistInnen vor Demonstration in Hamburg an der Grenze abgewiesen

Anti-Fa - Kopenhagen

Am 5. Juni feierte das offizielle Dänemark das 150-jährige Bestehen des Grundgesetzes, welches den Dänen grundlegende Freiheitsrechte wie Rede- und Versammlungsfreiheit sichert. Dieser Tag wurde jedoch für 80 dänische AntifaschistInnen ein Tag der Kränkung ihres Demonstrationsrechts.
Unser Plan war, wie so viele Male zuvor, zusammen mit unseren GenossInnen an den Demonstrationen gegen die Mobilisierungen der Nazis teilzunehmen. Aber diesmal sollte es nicht gelingen, die internationale Solidarität gegen die Nazipest zu manifestieren.
Der deutsche Grenzschutz verhinderte es und zeigte damit, was mit "Europas offene Grenzen" gemeint ist. Es war jedoch weit schwieriger als die Polizei es erwartet hatte, die 80 wütenden AntifaschInnen aus Deutschland zurück nach Dänemark zu bekommen.
Einer der AntifaschistInnen erzählt:
"Wir trafen uns Freitag Abend in Kopenhagen. Viele waren aus Jütland angereist und einige auch aus Schweden. Wir füllten ohne Probleme die zwei Busse und begannen unsere Reise nach Hamburg. Die Stimmung war bestens. Etliche hatten an den Demonstrationen in Kiel im Januar teilgenommen und wollten in Hamburg den Erfolg wiederholen. Wir erreichten die Fähre in Rødby um 01.00 Uhr und waren eine halbe Stunde später im Hafen in Puttgarden. Als wir von Bord fuhren, wurden wir von einem massiven Polizeiaufgebot begegnet. Die zwei Busse wurden von einander getrennt. Wir glaubten, dass es - wie so oft - eine einfache Waffenkontrolle war. Aber nein:
Nachdem unsere Pässe kontrolliert worden waren, wurde uns klargemacht, dass wir unter keinen Umständen in Deutschland einreisen konnten. Der Grund: Sie hatten Angst, dass sich die Unruhen von Kiel wiederholen würden. Sie hatten auch festgestellt, dass viele der Passagiere auch in Kiel am 30. Januar dabei gewesen waren, und dass einige damals sogar festgenommen worden waren.
Wir versuchten, die Polizei zu überzeugen, dass wir nicht auf Unruhen aus waren, sondern an einer legal angemeldeten Demonstration teilnehmen wollten. Aber die Polizei hatte nicht die Absicht, ihre Meinung zu ändern.
In den Bussen war man sich jedoch einig, dass man nicht ohne weiteres den Beschluss der Polizei akzeptieren wollte, und dass wir nicht freiwillig das deutsche Territorium verlassen wollten. Dies teilten wir dem Oberpolizisten mit, der uns antwortete, dass sie uns dann mit Macht rausbekommen würden. Dies wurde der Anfang eines 4-5 stündigen "Zweikampfes" zwischen AntifaschistInnen und der deutschen und dänischen Polizei.

Erst versuchten die Bullen uns einzeln rauszubekommen. Zum Glück hatten wir in den Bussen eine Tüte mit Strips (eine Art Plastic Handschellen) und schnell hatten wir uns in den Bussen zusammengekettet. Danach beschloss die Polizei, den einen Busfahrer festzunehmen und den einen Bus selbst an Bord zu fahren. Die Strips kamen schnell wieder ab, aber aus den Bussen konnten wir nicht raus, da einige Bullen mit bissigen Hunden draussen vor standen.
Im anderen Bus war es gelungen, aus dem Bus rauszukommen. Sie bildeten Ketten und riefen Schlagwörter. Dies wurde den Bullen zu viel. Sie griffen die Leute mit Hunden und Knüppeln an. Einige wurden geschlagen und gebissen. Ein Genosse wurde festgenommen. Als der erste Bus an Bord gekommen war, gingen die Bullen und die Hunde an Land. Wir verliessen schnell die Busse und gingen zurück an Land in Deutschland. Hier wurden wir von 20-30 Polizisten zurückgehalten.
Wieder wurden viele geschlagen und gebissen. Wir wurden zurück auf die Fähre gedrängt, wo wir die Bugpforte besetzten, damit die Fähre nicht segeln konnte. Hier standen wir dann eine Stunde den Bullen gegenüber, während die übrigen Fähren den Hafen nicht anlaufen konnten. Zu letzt gelang es jedoch der Polizei, uns so weit zurückzudrängen, dass die Fähre in Richtung Rødby segeln konnte. In Rødby weigerten wir uns, die Fähre zu verlassen. Wir wollten ja zurück nach Deutschland, um zu demonstrieren !!!
Die deutsche Polizei wollte uns sehr gern von Bord werfen, wagte jedoch nicht, uns auf dänischem Territorium anzugreifen. Sie musste warten, bis die dänische Polizei kam. Dies dauerte jedoch mehr als eine Stunde. Und die Fähre konnte nicht segeln.
Um 0.6.00 Uhr sassen wir wieder in unseren Bussen in Rødby Hafen. Die Fähren weigerten sich, uns wieder mitzunehmen. Wir waren nach einer langen Nacht müde und kehrten zurück nach Kopenhagen. Wir hatten jedoch gezeigt, dass die Bullen uns nicht ohne Konsequenzen abweisen können. Vielleicht werden sie es sich das nächste Mal zweimal überlegen, bevor sie uns abweisen."

Die deutsche Polizei soll jedoch nicht glauben, dass die Sache damit beendet ist. Sämtliche AntifaschtistInnen haben gegenüber den deutschen Behörden eine Klage eingereicht. Wenn sie glauben, dass sie keine dänischen und schwedischen AntifaschistInnen mehr sehen werden, müssen sie umdenken.
So lange die Nazis in unseren Strassen marschieren - ob in Kopenhagen, Malmö, Kiel oder Hamburg - werden wir auf der Stelle sein und Alles tun, um ihre Nazischweinerei zu verhindern.

Hoch die internationale Solidarität
Kampf gegen Fort Europa
Keine Nazis in unseren Strassen

Unerwünscht – eine Reise wie keine andere
Ausstellung vom 7.11.-19.12.99 im Hamburger Museum der Arbeit zum Thema Flucht und Asyl.

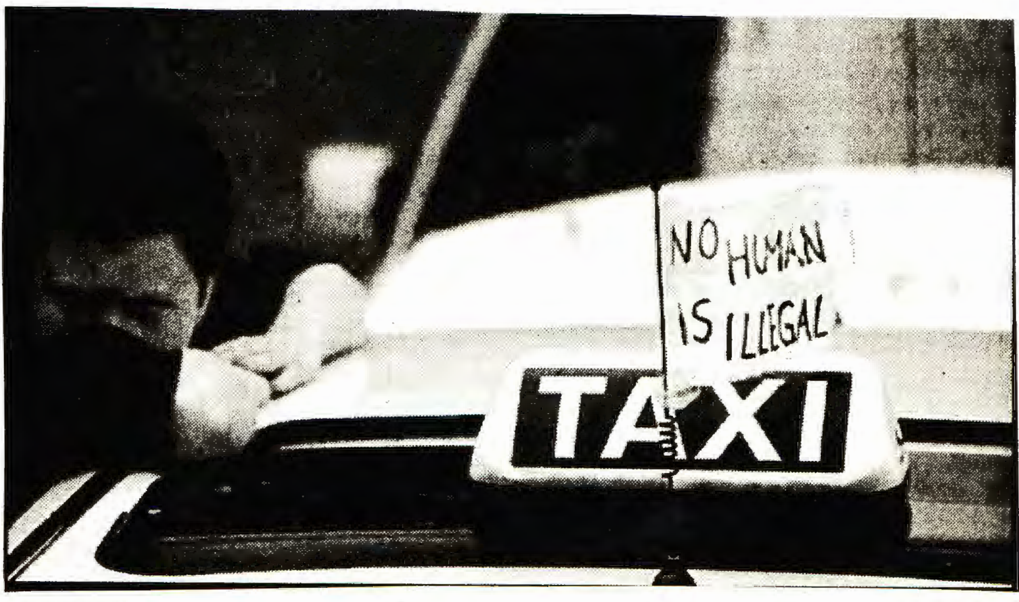
Mit Hilfe eines multimedialen und interaktiven Konzepts wollen die OrganisatorInnen, ein Bündnis antirassistischer Gruppen, die Lebensrealitäten flüchtender Frauen und Männer vermittel- und erfahrbar machen: JedeR BesucherIn muß sich eine von zwölf vorgegebenen Identitäten aussuchen, bekomnmt einen dazugehörigen Paß und „erlebt" dann die Verfolgung im Herkunftsland, die Grenzüberquerung, das Ankommen in der BRD, die Lagerunterbringung und die behördenwillkür.

Fünf verschiedene FrauenLesbengruppen wollen die Ausstellung um fehlende oder bisher vernachlässigte Themenbereiche erweitern: „Inhaltlicher Schwerpunkt wird bei unseren Veranstaltungen die Situation von geflüchteten Frauen sein. Dabei ist es uns wichtig, einen direkten Bezug zu Hamburg herzustellen. (...) Wir arbeiten unabhängig von den Ausstellungsorganisator-Innen und werden uns nur mit Ankündigungen und Plakaten in einen gemeinsamen Rahmen stellen. (...) Bis jetzt bereitet jede unserer Gruppen ein konkretes Projekt vor:

- Veranstaltungen zu den Themen Illegalisierung, frauenspezifische Fluchtgründe, die Situation kurdischer Frauen.
- Diashow zur Situation geflüchteter/illegalisierter Frauen
- Reader zum Programm und Schautafeln zu verschiedenen Themen
- Hamburg und Kolonialismus
- Rechtliche Situation von Flüchtlingen und Migrantinnen

(...) Wir würden uns freuen, wenn es noch weitere FrauenLesben-Gruppen, -Projekte oder „Einzelfrauen" gibt, die Zeit und Lust haben, sich mit eigenen Ideen einzubringen. (...)

Nächstes Treffen ist am 20.9. um 20 Uhr in der Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55



Naziaufmarsch in Bergedorf

Am 10.7.99 konnten 500 Nazis erfolgreich durch Bergedorf marschieren – im Schutze von tausenden PolizistInnen, denen auch Parolen wie „Ruhm und Ehre der Waffen-SS" kein Grund zum Eingreifen waren. Alle Gegendemos waren von Gerichten verboten worden, wer sich dennoch in Bergedorf als AntifaschistIn sehen ließ, riskierte Prügel durch die bewaffnete Staatsmacht oder die Verhaftung: 41 Antifas wurden verhaftet, 97 in Gewahrsam genommen. Auch gegen AnwohnerInnen, die antifaschistische Transparente vom Balkon hing,en schritt die Ordnungstruppe ein – die Nazis hätten durch die Transparente provoziert werden können.

Im Vorfeld des Aufmarsches, der die Blamage der Nazis am 5.6., als ihre angemeldete Demo in Hamburg verboten worden war, ausbügeln sollte, wurden von AntifaschistInnen „das Gebäude der Burschenschaft Germania in der Sierichstraße verschönert" und von anderen AktivistInnen „die Scheiben der Wohnung von Gertrud Herr, Strandtreppe 1b in Hamburg-Blankenese, eingeschlagen." Die bald 90jährige ehemalige BDM-Führerin Gertrud Herr ist Nazifunktionärin.

Veranstaltungsreihe Biomedizin und Normalisierung

Moderation: Udo Sierck und Christian Mürner
Veranstalter und Veranstaltungsort: Cafe & Restaurant LOTTE und Haus Drei, Hospitalstraße 107
Veranstaltungszeit: Jeweils Donnerstag 20 Uhr

16.9.99
Das Zeitalter der Genomics
Zur politischen Ökonomie der Biomedizin: Welche Zukunftsvorstellungen herrschen vor?
Rainer Hohlfeld, Berlin-Brandenb.Akad. d. Wissenschaften
30.9.99
Nichtbehinderte Behindertenbeauftragte
Zur Behindertenpolitik: Wie steht es um die Selbstbestimmung und Fremdbestimmung?
Gerlef Gleiss, Autonom Leben, Hamburg
14.10.99
Föten als verlockende Objekte
Neuer medizinischer Rohstoff: Welche Konsequenzen hat das Forschen mit Föten in der Transplantationsmedizin?
Ingrid Schneider, Politologin, Hamburg



Solikonzert für Mumia Abu Jamal am 30.9. in der Markthalle

10 Jahre Flora, na und?

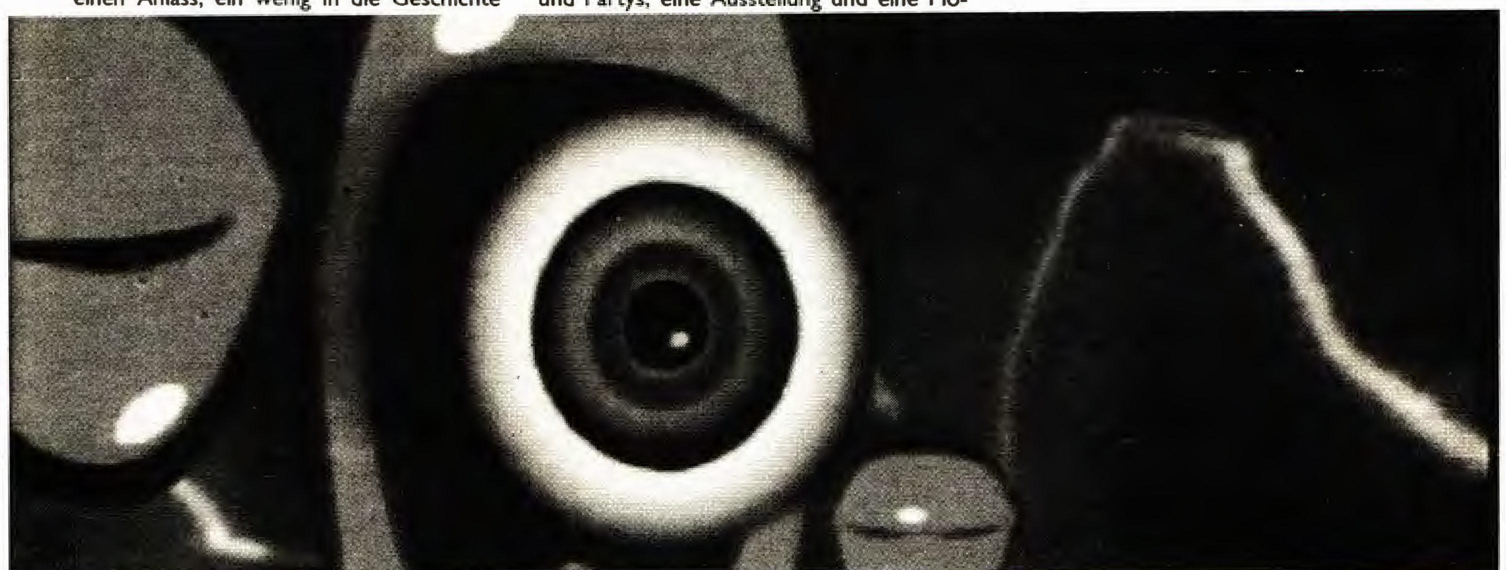
Als am 31. Oktober 1989 der Überlassungsvertrag zwischen der Stadt Hamburg und dem Flora e.V. auslief und die NutzerInnen die Ruine, die nach der erfolgreichen Verhinderung des Musical-Theater-Baus stehengeblieben war, kurzerhand besetzten, hatte wohl kaum jemand gedacht, dass die Rote Flora jemals ihren 10. Geburtstag würde erleben werden.
Das Engagement Hunderter AktivistInnen hat der Flora nicht nur eine Rückwand, dann kurzfristig einen Park und schließlich – nach dem Brand – eine Grundsanierung und ein neues Dach beschert. Es hat vor allem dazu beigetragen, dass die Flora immer wieder im Zentrum politischer Auseinandersetzungen (nicht nur) der autonomen Szene Hamburgs stand. Allerdings haben nur wenige, die heute in der Flora aktiv sind, die ersten Jahre selbst miterlebt. Und mit den AktivistInnen verschwanden nicht selten auch die Erinnerungen an die Ereignisse, die Kampagnen und Streits.
Auch weil es so üblich ist bei einem runden Jubiläum bieten die 10 Jahre Rote Flora einen Anlass, ein wenig in die Geschichte dieses Zentrums und auf linke Politik der letzten 10 Jahre im Allgemeinen zu schauen. Was ist eigentlich aus den Projekten geworden, die 1989 die Szenerie bestimmten? Welche Entwicklungen haben beispielsweise der Hafen, der Schwarzmarkt oder die B5 durchgemacht? Welche politischen Fragen, die vor zehn Jahren diskutiert worden sind, spielen heute noch eine Rolle? Welchen Weg haben Debatten um Umstrukturierung, Häuserkampf, Sexismus oder auch Antiimperialismus genommen?
Unsere Idee ist es, im November so etwas wie einen autonomen Kultur- und Politikmonat in der Flora zu veranstalten. Ohne falsche Sentimentalität wollten wir die zehn Jahre Revue passieren lassen und – im günstigsten Fall – danach fragen, welche Perspektiven autonomer Politik am Ende des 20. Jahrhunderts bleiben.
Gedacht ist an eine Reihe von Veranstaltungen, die den Stand autonomer Politik thematisieren, die die Geschichte von Auseinandersetzungen und Kämpfen betrachten und/oder in die Zukunft dieser Kämpfe blicken. Daneben sollen Konzerte und Partys, eine Ausstellung und eine Modenschau (»ChaotInnen im Wandel der Zeit«) einen Rahmen schaffen, der der Geschichte der Flora angemessen ist, die immer auch – und nicht selten sogar mehr als ein politischer – ein subkultureller Ort war und ist.
Damit aus diesen hochgesteckten Plänen etwas wird, müssen sich allerdings noch massenweise Leute finden, die im November die verschiedenen Veranstaltungen organisieren.

Dazu laden wir ein zu einem Vorbereitungstreffen am

Montag, den 13.9. um 20.00 Uhr im ersten Stock im Büro

Ideen jeglicher Art sind willkommen und noch besser wäre es, wenn für konkrete Veranstaltungen auch schon kurze Vorstellungstexte mitgebracht werden könnten, da der Veranstaltungsmonat mit einem Programmheft begleitet werden soll.

10 Jahre Flora-Festkomittee



Der Lübecker Brandanschlag

und die deutschen Verhältnisse
Veranstaltungsreihe zum neuen Prozeß gegen Safwan Eid

Am 3.9.1999 beginnt vor der Jugendstrafkammer des Landgerichts Kiel die Neuauflage des Prozesses gegen den Flüchtling Safwan Eid. Aus diesem Anlaß sollen in einer Veranstaltungsreihe der Lübecker Brandanschlag und der erneute Prozeß gegen Safwan Eid thematisiert werden. Dabei gilt das Interesse dem Prozeß selber, aber auch den gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen er bislang stattgefunden hat und weiter stattfindet. Thema mehrerer Veranstaltungen wird daher sein, welchen Ausdruck der Rassismus in Deutschland, vor allem in seiner institutionellen Form, findet. Ferner soll der Versuch unternommen werden, die aktuelle Rassismusdiskussion in England aufzugreifen und Vergleiche zur Situation in Deutschland zu ziehen.

3.9. 8:30 Uhr vor dem Landgericht Kiel: Kundgebung zum Prozeßbeginn
14.9. und 28.9. Filme: "Das Boot is voll - und ganz gegen Rassismus"
"Festung Europa" 20,30 Uhr B-Movie
30.9. Institutioneller Rassismus in der Hamburger Polizei? 19,30 Uhr Kölibri
21.10. Hattingen, Lübeck, Guben – Stationen des deutschen Rassismus 19 Uhr HWP
18.11. Abschiebe- und Vertreibungspolitik in Hamburg 19,30 Uhr Kölibri
26.11. Rassismus in Großbritanniens Polizei 19 Uhr Uni/Philturm
2.12. Neonazis: Täter aus der Mitte der Gesellschaft 19,30 Uhr Kölibri

´Modell Lübeck` - die Fortsetzung:
Safwan Eid erneut unter Anklage, die Täter weiter auf freiem Fuß

Am 3.9.1999 beginnt vor der Jugendstrafkammer des Landgerichts Kiel die Neuauflage des Prozesses gegen den libanesischen Flüchtling Safwan Eid. Ihm wird vorgeworfen, in der Nacht zum 18.1.1996 den Brandanschlag auf die Flüchtlingsunterkunft in der Lübecker Hafenstraße begangen zu haben. Damals starben zehn Menschen, 38 der BewohnerInnen wurden zum Teil schwer verletzt. Bis heute ist dieser folgenschwerste rassistische Anschlag in der Geschichte der Bundesrepublik unaufgeklärt geblieben, gegen die mutmaßlichen deutschen Täter aus der Naziszene Mecklenburg-Vorpommerns unterblieben staatliche Verfolgungsmaßnahmen. Stattdessen wurde mit Safwan Eid einer der Überlebenden des Brandes zum Täter gemacht.

Eid wurde durch die Lübecker Staatsanwaltschaft der Brandstiftung bezichtigt, nachdem der Sanitäter Leonhardt behauptet hatte, von ihm in der Brandnacht die Worte „Wir warn's" gehört zu haben. Er mußte deshalb fast sechs Monate in Untersuchungshaft verbringen. Der Prozeß gegen Eid vor dem Landgericht Lübeck endete am 30.6.97 mit einem Freispruch „in dubio pro reo". Eine Tatbeteiligung konnte Eid nicht nachgewiesen werden. Am 24.7.98 hob der Bundesgerichtshof dieses Urteil auf und verwies das Verfahren zur Neuverhandlung an das Landgericht Kiel. Der BGH erklärte die Abhörmaßnahmen, die während der Untersuchungshaft gegen Safwan Eid angeordnet worden waren, für rechtmäßig. Nach Auffassung der Bundesrichter hätte das Landgericht Lübeck diese Tonbandaufnahmen, welche Gespräche zwischen Eid und seinen Besuchern enthalten, verwerten müssen, da sich hieraus Gründe für eine Verurteilung hätten ergeben können. Das Landgericht Kiel muß deshalb den Prozeß neu aufrollen, d.h. grundsätzlich sämtliche Beweise von neuem erheben, also Zeugen, Sachverständige etc. nochmals vernehmen und vor allem die Tonbänder auswerten. Safwan Eid wird sich damit zum zweiten Mal den perfiden Beschuldigungen der Staatsanwaltschaft stellen müssen. So findet ein deutscher Ermittlungs- und Justizskandal ersten Ranges seine Fortsetzung.

Das Verhalten der Akteure nach dem Lübecker Brandanschlag hatte exemplarischen Charakter. Deutsche Eliten und die Mehrheit der Bevölkerung fühlten sich erleichtert, daß die Ermittler schon zwei Tage nach dem Brand einen Nichtdeutschen als Tatverdächtigen präsentierten. So gelang es im entscheidenden Moment, den unmittelbar nach dem Brandanschlag geäußerten Verdacht einer deutschen Täterschaft und damit den weltweiten Rassismusvorwurf gegenüber Deutschland abzuwehren. In einem bis dato nicht gekannten Ausmaß wurden die Opfer eines rassistischen Anschlags durch Justiz und Medien zu potentiellen Mittätern und Mitwissern stilisiert, traten die Ermittler im Wechselspiel mit Teilen der deutschen Medien eine rassistische Schmutzkampagne gegen die BewohnerInnen los. Gleichzeitig hielten Lübecks Staatsanwaltschaft und Kripo stets ihre schützende Hand über die vier tatverdächtigen Nazis aus Grevesmühlen.

Das Prinzip, die Opfer zu Tätern zu machen und gleichzeitig die Täter zu schützen, wurde in Lübeck modellhaft durchgesetzt. Seit Lübeck sind Brände in Flüchtlingsunterkünften kaum noch einer Erwähnung wert, schlagzeilenträchtig sind sie jedenfalls nicht mehr. Ein bestimmtes Maß an alltäglicher rassistischer Gewalt und die Existenz ´Ausländerfreier Zonen` in Teilen Deutschlands wird als Normalität akzeptiert. Die Botschaft aus Lübeck, ´daß die Ausländer sich selbst anzünden`, hat zudem ihre Wirkung getan. Wenn in Deutschland Flüchtlingsheime brennen, wird in der Öffentlichkeit jedenfalls nicht mehr selbstverständlich von einem rassistischen Anschlag ausgegangen.

Bereits im Vorwege des neuen Prozesses sorgte die Lübecker Staatsanwaltschaft dafür, daß die vier Nazis auch weiterhin nicht mit einer Anklage wegen 10-fachen Mordes zu rechnen haben. Nicht einmal ein dreifaches, detailliertes Geständnis von einem der Verdächtigen, Maik Wotenow, den Brandanschlag gemeinsam mit seinen Kumpanen begangen zu haben, veranlaßte die Ermittler ihre Linie zu verlassen. Nein, die Staatsanwaltschaft stellte das Ermittlungsverfahren erneut ein. Sie behauptete schlicht, der von Wotenow geschilderte Tathergang stimme mit ihren Erkenntnissen nicht überein. Einmal mehr verbreitete Oberstaatsanwalt Schultz die Lüge, daß die drei in der Brandnacht am Tatort von einer Polizeistreife angetroffenen Nazis ein Alibi für den Tatzeitpunkt gehabt hätten. Bis heute steht jedoch der genaue Zeitpunkt des Brandausbruchs nicht fest, so daß es ein Alibi schon denklogisch nicht geben kann.

Doch solche Feinheiten interessieren die Ermittler schon lange nicht mehr. Sie haben sich für ihren Lieblingstäter entschieden und ignorieren alle Tatsachen, die eine Täterschaft der Nazis nahelegen. Für den Umstand, daß drei der Nazis bei ihrer Festnahme brandstiftertypische Versengungsspuren im Gesicht hatten, fällt zwar nicht einmal Schultz eine Erklärung ein, trotzdem mißt er dieser Tatsache keine weitere Bedeutung bei. Dabei hatte die hiermit befaßte Gerichtsmedizinerin bereits im ersten Prozeß erklärt, daß es sich um frische Versengungsspuren gehandelt habe, die nur aus der Brandnacht hätten stammen können. Die von der Gerichtsmedizinerin genommenen und der Polizei übergebenen Haarproben verschwanden allerdings aus der Asservatenkammer der Kripo. Doch nicht genug damit, wurde deren vormalige Existenz gar geleugnet und stattdessen die Gerichtsmedizinerin von der Lübecker Staatsanwaltschaft mit einem Ermittlungsverfahren wegen Meineid überzogen.

Safwan Eid ist damit der einzig verbliebene ´Verdächtige`, was dem Prozeß gegen ihn eine zusätzliche Brisanz gibt. Würde er erneut freigesprochen, bliebe die Tat nach derzeitigem Stand unaufgeklärt. Damit steigt der politische Verurteilungsdruck für das Kieler Landgericht. Denn eins muß klar sein, dieser Prozeß ist kein gewöhnlicher Kriminalfall, sondern war von Beginn an ein politisches Verfahren, das der Entlastung Deutschlands dienen sollte. Die Staatsanwaltschaft und Teile der Medien werden daher das ihrige tun, Safwan Eid, die weiteren Überlebenden des Brandanschlags und die Verteidigung erneut zu diskreditieren und auf eine Verurteilung zu drängen. Das Kieler Landgericht wird voraussichtlich alles versuchen, das Verfahren als einen ´ganz normalen Strafprozeß` darzustellen. Es hat bereits Weichenstellungen vorgenommen, die Befürchtungen wecken müssen. So wurden die meisten der Überlebenden, die am ersten Prozeß als Nebenkläger teilnahmen, jetzt vom Verfahren ausgeschlossen. Das Landgericht begründete dies ausschließlich damit, daß sie sich von Anfang an auf die Seite Safwan Eids gestellt hätten, womit sie ihre Rechtsposition quasi verwirkt hätten. Am Verfahren teilnehmen darf daher nur die Familie El Omari, die sich im Laufe des Prozesses fast vollständig von der Staatsanwaltschaft hat instrumentalisieren lassen. Sie sorgte durch ihre Revision auch erst für Fortführung des Prozesses.

Die Chance auf einen Freispruch für Safwan Eid wird nicht zuletzt davon abhängen, daß der Verdacht gegen die vier Nazis nicht aus den Köpfen verschwindet, sondern weiter thematisiert wird. Es wird vor allem Sache der UnterstützerInnen Safwan Eids und der übrigen Überlebenden sein, die politische Dimension des Prozesses deutlich zu machen, die rassistischen und nationalen Konstrukte der Ermittlungsbehörden immer wieder aufzuzeigen und diese nicht als Normalität zu akzeptieren.

enlightenment factory
Kontakt: c/o Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, 20357 HH



Einmal ist Keinmal –

auch eine "Vertreibung" bleibt eine Vertreibung

oder: Warum die Vertreibungslogik der Flora-UserInnen mit der Vertreibungspraxis der Stadt identisch ist

In der März-Ausgabe der Zeck wurde ein Text von mehreren Flora-UserInnen abgedruckt, der sich zwar darin gefiel, in einer nicht endenwollenden Geschwätzigkeit von der Flora mehr gelebte Streitkultur einzufordern, der aber doch nur aufgrund des einzigen Bedürfnisses verfaßt wurde, die Drogenszene von den Eingängen der Flora zu vertreiben (in Anführungszeichen - natürlich). Dieser Brief blieb glücklicherweise nicht unbeantwortet und so versuchten mehrere Beiträge in den darauffolgenden Ausgaben, der Ungeheuerlichkeit, mit der die Forderung nach Vertreibung betrieben wurde, argumentativ gegenzusteuern. Dabei kritisierten die einzelnen Entgegnungen zwar den miesen Stil des Briefes, versuchten gleichzeitig aber von diesem in ihren Gegenthesen abzusehen, indem sie in deren wortreichen Ergüssen nach Argumenten suchten, die überhaupt auch nur annähernd als Diskussionsbeiträge aufgreifbar erschienen. Das wenige, was sie dabei fanden, entkräfteten sie in einer Weise, die eigentlich jeden weiteren Beitrag zu dem unsäglichen Brief erübrigte. Nichtsdestotrotz bestätigten die UserInnen in einem weiteren Brief in der vorletzten Zeck-Ausgabe ihre programmatische Blindheit: sie unterfütterten zwar ihre Forderung nach Vertreibung akademisch differenziert, bekräftigten sie damit aber ein weiteres Mal mehr. So machten sie ein zweites Mal deutlich, daß es ihnen eben nicht um die von ihnen eingeforderten Diskussionen geht, sondern vielmehr um eine - gerade in der Hamburger Öffentlichkeit gerne praktizierte - sich liberal gerierende und um Streitkultur sich bemühende Vertreibungspolitik. Auch wenn dieses strategische Vorgehen in seiner Plumpheit allzu deutlich ist, sehen wir uns dennoch aus zwei Gründen gezwungen, hier noch mal etwas zu erwidern. Zum einen zeigte sich nämlich an den guten Erwiderungen, daß es den UserInnen gelungen ist, mit ihren vermeintlichen Diskussionsbeiträgen den Gegenstand der seit längerem in und um die Flora geführten Auseinandersetzungen auf sehr problematische Weise zu verschieben: nicht mehr die Kriminalisierung und Vertreibung der Drogenszene und der sich mit dieser legitimierende Rassismus werden thematisiert, sondern vielmehr richtet sich das ausschließliche Augenmerk auf irgendwelche Ängste und Befindlichkeiten, die irgendwelche Flora-UserInnen mit eben jener kriminalisierten Drogenszene haben. Zum anderen kann es nicht angehen, daß Feststellungen wie die, daß die anvisierte Vertreibung "lediglich eine notwendige, pragmatische Umgangsform ist, die grund-





sätzlich keine Lösung sein kann, da die Drogenszene letztlich überall unerwünscht ist" (dieses und alle folgenden Zitate aus Zeck 6/99), unkommentiert in die Zeck Einzug halten. Während die angesprochene Verschiebung innerhalb der Auseinandersetzungen um die Drogenpolitik der Flora hier nur als solche benannt werden soll (aber gerade sie in weiteren Diskussionen auf jeden Fall noch mal aufgegriffen werden muß), möchten wir die zitierte Stelle zum Anlaß nehmen, den miesen Stil des zweiten Briefes aufzunehmen, weil gerade hierin ein nicht minder mieses Politikverständnis sich Bahn bricht. Unseres Erachtens folgt dieser Politikbegriff an mehreren, zentralen Stellen einem Gesellschaftsbegriff, der gerade im Hamburger Kontext als sozialdemokratisch zu bezeichnen ist.

Die sozialdemokratische Drogenproblematik

Zum einen ist die klassische Sozialdemokratie natürlich immer unten mit der Bevölkerung, sie nimmt ihre Ängste ernst und betont den nicht zu vernachlässigenden Gefühlsfaktor. Gleichzeitig ist aber gerade sie es, die die Subjektivität und Sozialität solcher Ängste und Befindlichkeiten immer schon mit berücksichtigt: "In der Auseinandersetzung mit dem subjektiven Sicherheitsempfinden ist es ebenso wichtig, sich ganz grundsätzlich mit den ansozialisierten Ängsten und Abneigungen gegen Elend und Schmutz zu befassen, die eine psychosoziale Grundlage der Ausgrenzung von solcherart Marginalisierten und Exkludierten sind." Gerade diese exklusive Stellung erlaubt es den volksnahen SozialdemokratInnen dann auch - sie wissen ja ob der gesellschaftlichen Bedingtheit der Ängste - versonnen auf die gesellschaftlichen Verfolgungsphantasien zu reagieren, indem sie missionarisch sich der Bevölkerung annehmen: "Daraus ist für das Schanzenviertel zu schließen, daß man genau zuhören und hingucken muß, wenn Unmut über die Drogenszene artikuliert wird, daß man, auch wenn Menschen für Vertreibung plädieren, sich deren Positionen und Argumente anhören muß (wie gesagt, es gibt Grenzen), um sie dann mit guten und differenzierten Argumenten für eine andere Auffassung und Position zu gewinnen." Sind erst einmal alle ZuhörerInnen mit nichtssagendem "Politik sollte letztlich Objektivität und Rationalität - bei aller Problematik dieser Begriffe, die hier nicht erörtert werden kann - zur Grundlage haben, jedoch ist klar, daß sie in hohem Maße - manchmal sicherlich auch wesentlich - durch Gefühle geprägt"-Geblubber bis zur Bewußtlosigkeit zugequatscht, kann



endlich damit begonnen werden, die für zukünftige Vertreibungs- und Ausgrenzungsszenarien notwendigen Setzungen vorzunehmen: "da die Drogenszene letztlich überall unerwünscht ist." Als konstruierendes Moment funktionieren die Ängste und Gefühle der Bevölkerung, die sich zwar sowohl in ihren Gründen als auch in ihrer jeweiligen Artikulation unterscheiden, aber dennoch darin zusammenfinden, daß sie alle in Anbetracht der Drogenszene entstehen. Ohne der Drogenszene etwas anderes vorwerfen zu müssen als ihre bloße Existenz, wird sie so homogenisiert und aus der Gesellschaft ausgegrenzt. Die Pluralität der Gesellschaft entpuppt sich damit als die der "Mehrheitsgesellschaft", in diesem Fall die der alternativen Viertel-BewohnerInnen. Auf solche Art erst einmal ausgegrenzt, kann die Drogenszene dann als Problem gesehen werden, das keiner wirklich haben will und das einer "Lösung" bedarf.



Das sozialdemokratische Stadtteilzentrum

Vor dem Hintergrund eines solchen Verhältnis' von heterogener Mehrheitsgesellschaft und sich außerhalb ihrer befindlichen Drogenszene ist es in der Logik der UserInnen nun an der Flora, ihre Politikfähigkeit unter Beweis zu stellen; wobei ihr entsprechend nur zwei Möglichkeiten der Stellungnahmen bleiben. Auch hier folgen sie dem hegemonialen Politikverständnis, das eben nur denjenigen Initiativen eine Politikfähigkeit zuerkennt, die sich im Feld dessen bewegen, was allgemein gesagt oder getan werden darf und als solches bereits schon immer vorbestimmt und -strukturiert ist. Entweder die Flora läßt sich auf das undifferenzierte Gerede von den Ängsten der Bevölkerung ein (wird also Teil der spannenden, sich total vielschichtig verhaltenden Viertelgemeinschaft) und trägt somit zur Ausgrenzung der Drogenszene bei, oder aber sie besteht weiterhin auf ihre Position, die genau diese gesellschaftlichen Ausgrenzungsweisen angreift und macht sich somit politikunfähig resp. gesellschaftsunfähig. Da der Flora im Gegensatz zur Drogenszene eine Rückkehr in die Gesellschaft von den UserInnen prinzipiell aber immer offengelassen wird, nehmen sie



sich dann auch in bester Ich-bin-doch-auch-einer-von-Euch-Lehrermanier dem Klientel der Flora an, um es doch noch auf den richtigen Weg zu bringen: "Die grundsätzliche Einstellung der Autonomen und anderer Linksradikaler (wir nehmen uns da jetzt nicht aus), andere, nicht genehme Positionen allzu leicht als per se feindlich einzustufen und sich weitergehend möglichst stark von 'der' Gesellschaft, von den 'Normalos/as' abzugrenzen, hat neben zahlreichen anderen Gründen zu einer politischen Selbstisolation geführt, in der ein Projekt der gesellschaftlichen Veränderung nicht mehr zu erkennen ist. Vielmehr scheint es so, daß die Abgrenzung von der Mehrheitsgesellschaft, von politischem Reformismus zu einem zentralen Ziel verkommen ist." In einer kaum zu überbietenden Verdrehung der politischen Präferenzen verallgemeinern die UserInnen hier von der Positionierung zur Drogenszene auf ein generelles Politikverständnis der radikalen Linken in und um die Flora und machen damit die Zustimmung oder aber die Ablehnung der Flora zu Vertreibungsszenarien der "Mehrheitsgesellschaft" zum einzigen Gradmesser linker Politik. So muß sich die Flora in der Frage der Drogenszene endlich beugen, um den Sozi-Heinis "einen positiven Bezug auf die Flora (wieder) möglich" zu machen. Da rechnen sich die UserInnen dann auch unverhohlen an, daß sie die Flora-Aktivistinnen in ihrer Entgegnung dazu gebracht haben, sich auf ihr Geschwätz von den Ängsten der Bevölkerung eingelassen und sie so auf den richtigen Weg gebracht zu haben.

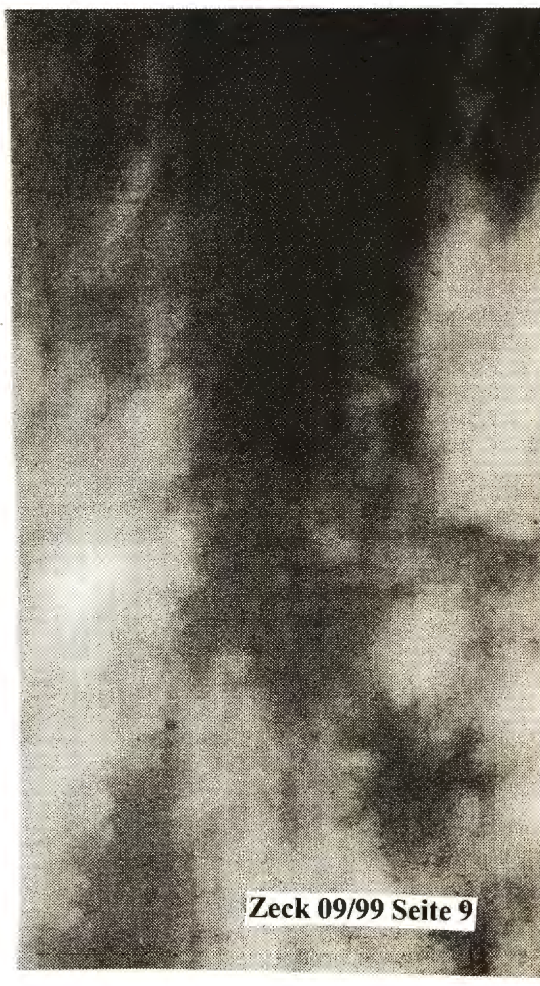


Die UserInnen werfen der Flora in bewußter Absehung ihrer politischen Gründe also lediglich ihre bloße Positionierung gegen die herrschende Kriminalisierungs- und Vertreibungspolitik der Drogenszene vor, da sie zur Isolierung der Flora im Stadtteil führen würde. Damit bringen sie einmal mehr ihr Verständnis linker Politik zum Ausdruck, dem es fern jeglicher inhaltlicher Bestimmung nur noch darum geht, Teil einer irgendwie gearteten Mehrheit zu sein, die mit vermeintlich guten Gründen, in diesem Falle eben mit jenen Ängsten gegenüber der Drogenszene, in aggressiver Abgrenzung gegenüber außerhalb ihrer Stehender sich konstituiert. Wenn in der Vergangenheit die Ausrichtung linksradikaler Politik es offensichtlich noch ermöglichte, trotz eines solchen Politikbegriffes einiger UserInnen die Flora als gemeinsames Zentrum wahrzunehmen, dann wird die Positionierung gegen die herrschende Drogenpolitik in Zukunft hoffentlich tatsächlich zum Gradmesser der Flora-Praxis.

Einige AnwohnerInnen







Von der verbrecherischen Wehrmacht zur sauberen Bundeswehr

Die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44" des Hamburger Instituts für Sozialforschung ist nach 4 Jahren nach Hamburg, ihren Ausgangspunkt, zurückgekehrt. Sie hat nicht zuletzt über die Proteste der CDU-Stahlhelmfraktion und Nazis eine Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erfahren, die die Ausstellungsmacher selbst überrascht hatte. Die Linke beschränkte sich bisher auf Versuche, die Naziaufmärsche gegen die Ausstellung zu verhindern. Die Ausstellung selbst wurde von ihr im wesentlichen als ein Beitrag begrüßt, der den Mythos von der sauberen Wehrmacht knacken würde.

Mit dem im März dieses Jahres erfolgten Angriffskrieg der BRD im NATO-Bündnis gegen Jugoslawien und vor allem der damit einhergehenden Legitimation, aus der deutschen Vergangenheit gelernt zu haben (daß Völkermord überall auf der Welt zu verhindern sei), zeigte sich der praktische Zweck der Geschichtsaufarbeitung der letzten Jahre: "Nie wieder Krieg" hieß, nie wieder eine deutsche Armee marschieren zu lassen. Heute eine deutsche Armee marschieren zu lassen heißt, sich von der Armee zu distanzieren, aus deren Wüten "Nie wieder Krieg" geschlußfolgert worden war.

U.a. um die Frage, wie sich die Vorstellung, der Mythos von der sauberen Wehrmacht sei geknackt worden, und die Kriegslegitimation zueinander verhalten, soll es im folgenden gehen.

Mit dem Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien hat Deutschland mit einer außenpolitischen Kontinuität gebrochen, die - als Resultat der bedingungslosen Kapitulation 1945 - im erzwungenen Verzicht auf militärische Intervention bestand. Das dieser Einschränkung sich anpassende Selbstverständnis der alten Bundesrepublik, als ökonomisch potenter Staat auch ohne eigenständige Kriegsfähigkeit ganz gut leben zu können, hat sich verändert. Heute, wo alle realpolitischen Konsequenzen verschwunden sind, die von außen aus Krieg und Faschismus gezogen worden waren, weiß man sich als gleichberechtigtes, interventionsfähiges Mitglied einer zivilisierten Welt. Der seit 1989 angestrebte Bruch der außenpolitischen Kontinuität der BRD bedeutete aber auch, daß eine Kontinuität deutscher Politik wieder hergestellt worden ist: Die Kontinuität des Krieges von deutschem Boden. Und genau in diesem Sinne ist der Krieg gegen Jugoslawien in Deutschland mehr als bloß der vollständige Eintritt in den Kreis der zivilisierten Imperialisten.

Die außenpolitischen Veränderungen, d.h. das Ablegen der Vergangenheit als einschränkender, modifizierten die Bedingungen der nationalen Identitätsfindung. Mit dem Anschluß der DDR an die BRD war 1989 eine Nation zusammengestellt, deren einzige gemeinsame letzte Erfahrung der Nationalsozialismus und die Niederlage Deutschlands gewesen war. Eine nationale Identität, in der die gemeinsame Geschichte von BRD- und DDR- BürgerInnen aufgehoben sein mußte, war notwendig auf den NS verwiesen. So viel zu den Rahmenbedingungen der deutschen Vergangenheitsbewältigungsversuche der letzten Jahre.

Im Gedenkjahr 1995 war der Höhepunkt der Relativierung des Nationalsozialismus erreicht, indem er zu einer von „vielen Formen" von „Krieg und Gewaltherrschaft" herunterverglichen wurde. Zum damaligen 8. Mai tauchte dementsprechend eine Verkehrung alter Parolen auf. War "Wider das Vergessen" jahrzehntelang eine Parole gegen die real stattfindende Verdrängung des Nationalsozialismus gewesen, so kam sie nun als Anzeige aus neurechtem Kreis daher und meinte, daß die Verbrechen an Deutschen nicht vergessen werden dürften. Heute, 1999, hat selbst die Bezeichnung "Überlebende" ihre ursprüngliche Bedeutung verloren. Die Verantwortlichen der Wehrmachtsausstellung tragen ihren Teil zu dieser Umwandlung von "Überlebenden der Shoa" zu "noch lebenden Zeitzeugen", der semantischen Vereinigung von Tätern und Opfern, bei. Der provokative Ansatz der Ausstellung hat sich zu einem versöhnenden "Dialog der Generationen" gemausert.

1. Was unterscheidet die Ausstellung in ihrer Form der Vergangenheitsbearbeitung von bisherigen?

Zunächst unterscheidet sich die Ausstellung von bisherigen öffentlichen Formen der Auseindandersetzung mit dem NS dadurch, daß sie den Fokus der Betrachtung auf die Täter lenkt. Zum einen blickt der/die BesucherIn vermittelt durch die Photos auf das Geschehen wie der Photograph, d.h. durch den Blick der Täter. Die Ausstellung beschränkt sich auf Material, das die Täter hinterlassen haben, zieht also bspw. keine Aufnahmen der Roten Armee hinzu oder ähnliches. Vor allem aber werden die Täter in Aktion gezeigt, wodurch der Vernichtung im Vergleich zu den Leichenbergen der Vernichtungslager ihre Subjektlosigkeit genommen wird. Diese Verschiebung der Perspektive ist notwendig. Erst die Beschreibung der Täter als handelnde Individuen erlaubt, sich von den Bedingungen einen Begriff zu machen, die Auschwitz ermöglichten. Gleichzeitig scheint aber die Täterperspektive, wie der Verlauf der Auseinandersetzung um die Ausstellung zeigt, eine Voraussetzung dafür gewesen zu sein, daß sich die Deutschen über sich selbst verständigen konnten.

Die linke Rezeption sieht in der Regel von dieser Verständigungsbedingung ab und beschränkt sich auf den Blick auf die Täter. Er ist es, der die Einschätzung begünstigt, die Ausstellung habe den „Mythos saubere Wehrmacht" geknackt. Was das genau heißt, beschreiben beispielsweise „autonome Antifas Hamburg" auch nicht anders als die restliche die Ausstellung befürwortende Öffentlichkeit: Mythos fassen sie als Lüge und bewußte Verbreitung der Unwahrheit über die Teilnahme an den Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschland. Die *„öffentliche Meinung" „erlog sich" „das Bild der ‚sauberen Wehrmacht', der Redlichkeit und Tugend: die Lebenslüge, daß ‚man' sauber bleiben konnte in einer Welt der Vernichtung"*[1]. Oder in den Worten von Volker Beck in der Bundestagsdebatte zur Ausstellung: *„Diese Ausstellung bricht allerdings unwiderruflich mit der Mär, der Legende -- die in diesem Volk, in dieser Republik lange en vogue war -- von der sauberen Wehrmacht, von dem sauberen Krieg an der Ostfront."* (14.3.97)

Ebenfalls neu für eine derart breit und öffentlich rezipierte Ausstellung ist die Stoßrichtung: Weder wird irgendein Verbrechen geleugnet noch relativiert. Die Wehrmacht wird nicht als eine Armee dargestellt, in der es auch Grausamkeiten gab, sondern als eine – wie schon der Titel verrät - , die von vornherein auf Vernichtung - und nicht einfaches Besiegen – ihres Gegners orientiert war. Gegenüber all den Gestalten, die das Verbrecherische der Wehrmacht aus einer allgemeinen Barbarisierung durch Krieg relativieren wollen, wie es bspw. der ehemalige Wehrmachtsoffizier und Bundeskanzler Helmut Schmidt in einer ZEIT-Diskussion (1995) versuchte, betonen die Ausstellungsmacher die Besonderheit des Vernichtungsfeldzuges. Er war von vornherein als Vernichtung geplant gewesen und wurde so auch durchgeführt.

Was die Ausstellung aber vor allem vom bisherigen Geschichtsverständnis unterscheidet und auch der entscheidende Grund für die Aufgeregtheit um sie und das massenhafte Interesse an ihr sein dürfte, ist die Darstellung der Verbrechen als Taten des *"Jedermann"* (Reemtsma). Die Wehrmacht war anders als die SS eine gesamtgesellschaftliche Institution, 18 bis 19 Millionen haben ihr zwischen 33 und 45 angehört. Der vor den Erschossenen und Ge-

hängten posierende und kaltschnäuzig lächelnde Wehrmachtssoldat steht deshalb stellvertretend für jeden Volksgenossen, also die generelle Haltung der Deutschen im NS.
Unter diesen Bedingungen muß die Annahme, der „Mythos saubere Wehrmacht“ bestünde in einer Geschichts- Lebens- oder sonstwas-Lüge, allerdings einen Knacks abbekommen. Wenn diejenigen „Jedermanns“, die belogen werden, gleichzeitig auch die Lügner sind - schließlich geht es ja um ihre eigene Tat - muß die Verbreitung der Unwahrheit eine andere Funktion haben als die Vermeidung der Veröffentlichung dessen, was geschah. Denn wem sollten die Lügen gelten? Der internationalen Öffentlichkeit im Allgemeinen bzw. den Alliierten im Besonderen können sie nicht gegolten haben. Immerhin stand das, was heute mühsam „aufgearbeitet“ wird, z.B. eben in der Wehrmachtsausstellung, bereits in internationalen Abkommen wie demjenigen von Potsdam. Allein aus der feindlichen Position, die die Alliierten den Deutschen gegenüber einnahmen, muß zumindest zu Anfang zu ersehen gewesen sein, daß diese sich nichts vorlügen lassen. Genauso wenig kann es sich bei dem Mythos um das Ergebnis einer Summe von Schutzlügen lediglich in Bezug auf die eigene Beteiligung handeln. Wenig bis gar nicht bekannt sind Deutsche, die nach ihrer Niederlage ihre Nachbarn, Kriegskameraden oder SS-Mitmänner beschuldigten mit dem Ziel, selbst unbehelligt zu bleiben und vielleicht sogar eigene Taten auf diese abzuwälzen. Die äußere Gelegenheit dazu hat ihnen die Entnazifizierung sicherlich nicht vorenthalten. Stattdessen wurde geschwiegen. Das Kunststück des „Wir haben von nichts gewußt“ muß in etwas anderem bestanden haben als in einer gigantischen Lüge.

2. Warum folgt aus der Anerkennung des kollektiv begangenen Verbrechens nicht die Negation der Nation, sondern scheinbar ganz im Gegenteil die Schließung einer Lücke der kollektiven Seele mit Heer als Therapeut der Republik?
Gerade die beiden schon genannten Elemente der Ausstellung, in der Betrachtung der Wehrmachtsverbrechen den prinzipiellen Vernichtungscharakters des NS und die volksgemeinschaftliche Durchführung hervorzuheben, waren für radikale Linke der Angelpunkt einer Kritik an Nation und Deutschlands im Besonderen. Die Betonung des prinzipiellen Vernichtungscharakter des NS brach mit einer Vorstellung, die den deutschen Faschismus lediglich als konterrevolutionären Trick der Bourgeoisie ansah. Die Vernichtung der Juden war weder ökonomisch zu erklären noch Mittel zur Täuschung des Volkes, sie war Selbstzweck. Die Betonung der volksgemeinschaftlichen Durchführung mußte zudem mit einem Verständnis brechen, das Gesellschaft in böse Machthaber und naiv-gutes Volk teilen wollte. Im kollektiven Beschweigen der Vernichtung rettete sich die Volksgemeinschaft schließlich über 1945 hinaus und blieb bis heute stets abrufbar.
Das Kunststück des „Wir haben von nichts gewußt“ war ja eben das „Wir“, der individuelle Freispruch durch mythische Aufladung des Kollektivs mitsamt der damit verbundenen Verkettung des individuellen Wohls ans kollektive Schicksal. So blieben das konstitutive Moment der Volksgemeinschaft - der gemeinsam geplante, begangene und vor allem kollektiv ersehnte Massenmord an den Jüdinnen und Juden - und vor allem ihre heimelig-barbarische Einheit als deutscher Volkskörper in der postfaschistischen BRD aufgehoben. Klappen konnte das allerdings nur im Wissen um die eigene Tatbeteiligung und um diejenige der anderen. Eine einfache Entgegensetzung von Wissen und Mythos ist hier daher unangebracht.
Daß diese Entgegensetzung aber permanent erfolgt, daß Mythos ausschließlich mit Lüge übersetzt wird, führt schließlich zu einer spezifischen Affirmation der „Stunde Null“, dem demokratischen Neuanfang mit zerbombten Städten, leeren Taschen und mindestens genauso leeren Köpfen. Denn wer eine Lüge ein für allemal zurückweisen möchte, muß den Zeitpunkt annehmen, an dem sie in die Welt treten konnte. (Die heute kaum noch vertretene konservative Variante der „Stunde Null“, die eine solche


HEINZ-PHOTO

nicht implizit affirmiert sondern offen ausspricht, hatte es da einfacher. In ihr wimmelte es von unschuldigen lupenreinen DemokratInnen, die gerade aus der „inneren Emigration" zurückgekehrt waren. Schuldig waren demnach nur wenige.) Zu beobachten war diese neue Variante der „Stunde Null" z.B. in der Bundestagsdebatte zur Ausstellung vom 13.3.1997. Während Alfred Dregger die Kontinuitäten von der Wehrmacht zur Bundeswehr betonte und so mit dem guten Ruf letzterer erstere reinwaschen wollte, beharrte Freimut Duve (SPD) auf einer grundlegenden Zäsur und dementierte so die jahrzehntelange linke Kritik an personellen Kontinuitäten über 1945 hinaus. Erstaunen hervorrufen sollte diese seltsame Wendung schon, zumal Duve damit nicht alleine blieb.

Angesichts des zentralen Themas der Ausstellung, dem kollektiven Charakter der nationalsozialistischen Verbrechen, wäre schließlich zu vermuten gewesen, daß sie zur Kritik der Nation einiges beitragen könnte.

Um so überraschender stellten sich die Rezeption und die weiteren Aussagen der Ausstellungsmacher dann als das exakte Gegenteil heraus: Jetzt, wo sich zeigte, daß die Täter weder verführt noch vollständig gezwungen worden waren, wurde nicht etwa vollständig mit ihnen gebrochen, sondern sie wurden Teil des "Dialoges der Generationen" (Heer, Sager im Begleitprogramm etc.). Anstatt Kritik an deutscher Identität zu üben, verstanden sich die Ausstellungsmacher als Identitätsstifter, als Therapeuten einer bis heute durch Verdrängung gespaltenen kollektiven Seele. Auf einmal kannten die Deutschen mal wieder keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche. In der Bundestagsdebatte über die Ausstellung war es ausgerechnet der oberste Verantwortliche einer brutalen Abschiebemaschinerie, Innenminister Schily, der kurz vor einem Heulkrampf stehend den Austausch deutscher Befindlichkeiten einläutete. Alle empfanden tief, erzählten sich von Opi und Vati, und selbst Alfred Dregger, ansonsten die Personifikation der gegen die Ausstellung wetternden Stahlhelmfraktion, konnte sich schließlich dieser kollektiven Erbauung nicht entziehen. Die parteiorientierten Anträge wurden in Ausschüsse verwiesen: wo es nur noch Deutsche gab, konnte demokratisches Parteigeplänkel nur stören. Selten in den letzten Jahren dürften sich die offiziell Verantwortlichen der BRD dermaßen infantil und geschlossen ihrer deutschen Identität vergewissert haben wie in dieser Bundestagsdebatte.

Eine solche politische Konstellation, die in ihrem nationalen Identitätswahn fast schon keine mehr ist, läßt ein weiteres Mal Zweifel an der Vorstellung aufkommen, daß der „Mythos saubere Wehrmacht" durch bloße positivistische Darstellung der Tatsachen *„geknackt"* werden könnte.[2] Hier muß, genau wie in den Entschuldungsmythen der Nachkriegszeit, etwas anderes am Werk sein als die Produktion einer Lüge bzw. deren Widerlegung.

Was also ist es, das aus der Anerkennung der massenhaft begangenen Verbrechen eine Identifikation mit der Nation werden läßt?

Die Betonung der Ausstellungsmacher, nicht urteilen zu wollen, keine Richter zu sein, scheint zunächst im Verhältnis zu dem, was sie gemacht haben, nämlich die Verbrechen der Wehrmacht als Verbrechen des Jedermann darzustellen, widersprüchlich oder ein Rückzugsgefecht gewesen zu sein. Vom Resultat aus betrachtet, stellt sich die fast schon deutschlandkritische Ausrichtung der Ausstellung aber eher als notwendige Provokation dar. In einer Diskussion um den verbrecherischen Charakter der gesamtgesellschaftliche Institution Wehrmacht fühlt sich anders als z.B. im Historikerstreit das ganze Volk angesprochen, das dann das Verschwiegene oder Verdrängte neu verhandeln kann. Mit der Thematisierung der Wehrmacht kippte, so Hannes Heer, die Auseinandersetzung mit dem NS *"von der großen Historie in die Familiengeschichte."* (Hamb. Abendblatt 29.5.99) Die Verbrechen der Wehrmacht unter dem Aspekt der Familiengeschichte zu betrachten, verschob die Diskussion auf den innerfamiliären, d.i. innerdeutschen Umgang mit den Tätern. Nicht urteilen zu wollen und sich in aller Unschuld die Version der, wie es inzwischen heißt, "Zeitzeugen" anzuhören, bedeutet dann, Frieden mit nie zur Rechenschaft gezogenen Mördern zu schließen. Das Vergessen einer nie abgegoltenen Schuld wird von Heer als eigener Lernprozeß ausgegeben. Heer mußte feststellen, heißt es in einem selten dümmlichen Artikel der taz vom 1.6.1999, *daß "das Moralin eines 68ers nicht taugte, sich den Tätern zu nähern".* Gegenüber dem heutigen Vergessen steckte im *"Moralin eines 68ers"* aber zumindest noch der Versuch, sich einem Zwangskollektiv zu entziehen, das sich in der Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden eine unvergleichbare Konsistenz verschafft hatte und die bedingungslose Kapitulation Deutschlands, ja selbst die Teilung, überleben konnte. Am Ende dieses Erinnerungsprozesses entsteht nicht nur ein Verständnis für den einfachen Mörder, sondern, in einem zweiten Schritt, die Anklage der Nachkriegsgesellschaft, die Täter mit ihrer Verarbeitung der Tat allein gelassen zu haben. Eine Zeit-Diskussion dieses Jahres dokumentiert dieses Finale: Hannes Heer wird gefragt, ob die Debatten um die Ausstellung als *"Kampf um die Erinnerung"* zu begreifen sei und antwortet: *"Die meisten [Besucher aus der Kriegsgeneration] begreifen es als Chance, und sei es auch nur, um zu sagen, wir sind damals von der Nachkriegsgesellschaft schlecht behandelt worden [verurteilt? Öffentlich diffamiert?], die hat uns nicht zugehört; was wir alles erlitten haben, hat keinen wirklich interessiert. Da kommt als Grundton durch - ich übersetze es einmal - : Laßt uns jetzt noch einmal darüber reden, vielleicht kann noch etwas gutgemacht werden*

Zeit: *Sie verstehen sich aber als Opfer.*

Heer: *Das ist egal."*

Aus der Anklage der Täter wird die Anklage der Anklagenden. "Wiedergutmachung" meint keine Entschädigung der enteigneten, deportierten, versklavten und ermordeten Opfer der Wehrmacht mehr, sondern eine nachträglich zu zahlende geistig-moralische Sonderzulage für besonders gewissensplagende Schwerstarbeit seitens der Täter. Den im nationalsozialistischen Weltbild sich als Opfer einer jüdischen Weltverschwörung imaginierenden Tätern wurde, nachdem sie sich zur "Wehr" gesetzt hatten, kein Dank zuteil, es wurde ihnen nicht einmal zugehört. Das dann doch irgendwie Grausame, was sie begangen haben, sollen sie sich von der Seele schreien, um nach erfolgter Absolution durch ihre Nachkom-



men so beruhigt ins Grab fahren zu können, wie sie es zig Millionen Menschen verwehrt hatten.
Der Fokus auf die Täter entpuppt sich als die Bedingung der Widersprüchlichkeit, sich schuldbewußt über die deutsche Vergangenheit unterhalten zu können, und gleichzeitig die letzten ihr Recht, eine minimale Entschädigung, einklagenden überlebenden Opfer des NS als dreiste Bittsteller abzutun.
Soll diese Widersprüchlichkeit nun wiederum nicht einfach als logischer Bruch konstatiert werden, müssen Überlegungen angestellt werden zum Charakter der vielbeschworenen Täter-Traumata.
Wären sie, wie vielfach implizit unterstellt, einer schmerzhaften Einsicht in die Schrecklichkeit der eigenen Verbrechen geschuldet, müßten Entschädigungszahlungen für die Opfer der Deutschen an erster Stelle der politischen Tagesordnung stehen.
Im „Dialog der Generationen" aber wird ein Haufen traumatisierter Täter produziert, denen erst durch die Ausstellung und die damit verbundene Erinnerung an ihre Taten zu Bewußtsein kommt, wie schrecklich für die Opfer sie diese unmittelbar nach dem Krieg gefunden haben müssen. Heilsam scheint zu sein, daß ihnen das verloren geglaubte Kollektiv in Form ihrer Nachfahren bei der Erinnerung verständnisvoll beiseitesteht. Keine Sekunde muß so an den kritischen Gedanken verschwendet werden, daß die sicherlich zu konstatierende kollektive Traumatisierung der TäterInnen vielleicht ganz anderen Ursachen geschuldet sein könnte. Welchen Schrecken muß beispielsweise einem Antisemiten der Augenblick versetzen, in dem er realisiert, daß sein nach eigener Wahrnehmung aufopferungsvoller aber notwendiger und sicherlich schrecklich brutale Kampf gegen die übermächtige jüdische Weltverschwörung verloren gegangen ist? Allein die Angst vor gnadenloser Rache, als Ausdruck des eigenen Hasses ohnehin ein zentraler Bestandteil antisemitischer pathischer Projektionen, dürfte die Taten, auf die das vermeintliche jüdische Rachebedürfnis zielt, in nicht allzu heldenhafter Erinnerung behalten.
Dieses Niederlagen-Trauma ist die „Stunde Null" des deutschen Individuums. Es ist daher nur konsequent, wenn sich heute der mythische Kern der Vorstellung von der sauberen Wehrmacht auch ohne saubere Wehrmacht erhält: Als „Wir", das aller Kriegstoten gedenkt, unvoreingenommen und nicht urteilend miteinander redet - und das die „Stunde Null" in ihrer Affirmation zu überbrücken in der Lage ist. Der Mythos der Nation, ihre unvermittelte organische Einheit, setzt sich fort in der erinnernden Überbrückung der „Stunde Null" auf der Basis ihrer Behauptung. Immerhin können die Nachgeborenen mit den Mördern gerade deshalb prima plauschen, weil mit deren Vergessen 1945 die Demokratie begann.

Selbst die eigene Jugenderfahrung, daß dem nicht so war, verdrängt zu haben, ist die individuelle Leistung, die die ehemaligen 68erInnen vollbringen mußten, um sich mit ihrer „Familiengeschichte" zu versöhnen. Nur so können sie sich mit ihrer Familiengeschichte versöhnen, welche offensichtlich wie selbstverständlich in der der Nation aufgeht. Auch die Wahrheit über sich selbst ist für die Nation nur auf Basis einer Lüge zu haben, denn diese Verdrängung ist es auch, in der das mythische des Mythos „Saubere Wehrmacht" fortlebt. *„Geknackt"* ist da nichts.
Ganz im Gegenteil. Wenn auch die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung, wie sie das HIS mit der Ausstellung des historische Materials vorantreibt, Vorbedingung kritischer Aufklärung über den Charakter souveräner deutscher Staatlichkeit bleibt, antwortet ihre Rezeption doch auch auf eine andere Notwendigkeit. Mit dem Aussterben der TäterInnengeneration wird auch das immer brüchiger, was als Kitt den unhintergehbaren Zusammenhalt der postfaschistischen Gemeinschaft der wehrhaften Demokraten sicherte, das offene Geheimnis, an einem einmaligen Verbrechen beteiligt gewesen zu sein. Spätestens für die Enkelgeneration ist der „Mythos saubere Wehrmacht" wirklich nur noch eine Lüge. Das kann natürlich so nicht stehenbleiben. Aus reinster purer Menschlichkeit, versteht sich. Christa Nickels von den Grünen formulierte das in der Bundestagsdebatte, nachdem sie einfühlsam über ihren SS-Vater berichtete, so: *„Aber ich empfinde das, was ich gesagt habe, nicht als Nestbeschmutzung, weil jeder, der mich kennt, weiß, wie sehr ich meine Eltern -- auch meinen Vater -- liebe und geliebt habe."*

3. Lehren aus der Vergangenheit
Doch erst der Krieg gegen Jugoslawien erschuf den äußeren Zweck dieser nationalen Sinnstiftung. All die vergangenheitsbewältigenden Anstrengungen und Zumutungen konnten lohnend eingemeindet werden.
Theo Sommer, Herausgeber der Zeit und Verteidiger der Ausstellung formulierte es in einem Artikel mit dem Titel "Nur Hinsehen macht frei" folgendermaßen: *"Je eindeutiger wir die Vergangenheit annehmen und je offener wir darüber diskutieren, desto selbstverständlicher dürfen wir ein halbes Jahrhundert nach Hitlers (sic!) Krieg wieder aufrechten Ganges in der Reihe der Völker auftreten. So betrachtet können uns die Bilder der Wehrmachtsausstellung frei machen."*
Mal abgesehen davon, daß Sommers Äußerung wieder völlig durcheinanderbringt, was die Ausstellungsmacher intendiert hatten, nämlich nicht mehr von *"Hitlers Krieg"* zu sprechen, und daß zweitens der Titel die Assoziation weckt, die Deutschen beabsichtigten 50 Jahre nach *"Arbeit macht frei"*, der Inschrift des Vernichtungslagers Auschwitz, etwas ähnliches, dieses mal an geistiger Arbeit orientiertes – abgesehen also von diesen das unbewußt Deutsche verratenden Demenzerscheinungen zeigt diese Äußerung vor allem, daß die deutsche Vergangheit keine einschränkende mehr ist. Sie ist zum Legitimationspool jetziger und künftiger Militäreinsätze geworden.



Die mit NS-Analogien gespickte Legitimation des Krieges war auch relativierend. Entscheidender aber war die Betonung der Besonderheit der deutschen Verbrechen, aus denen dann eine ebenso besondere Verantwortung abgeleitet wurde.
Die Relativierung hatte mit dem Gedenkjahr 1995 ihren nicht mehr zu toppenden Höhepunkt erreicht. Nachdem man 1995 mit der Umgestaltung der Neuen Wache in Berlin, wo aus Opfern des Faschismus Opfer von Gewaltherrschaft im allgemeinen wurden, NS und DDR im doppelten Sinne des Wortes als *"dunkle Kapitel"* der deutschen Geschichte zusammengefaßt hatte, zeichnet sich 1999 eine Aneignung der Geschichte ab, die die Besonderheit zwecks neuer Legitimaton beleuchten soll. Allerdings werden aus der Besonderheit des NS nun die exakt gegenteiligen Konsequenzen gezogen als zu dem Zeitpunkt, als die besiegten Deutschen nichts zu sagen hatten (das waren, wir erinnern uns: Teilung und Kriegsverbot). Ist die Konsequenz aus der Vergangenheit praktisch nicht mehr einschränkend und beschämend, sondern so aufgearbeitet, daß sie in einem offenen "Dialog der Generationen" erzählt werden kann, so läßt sich umgekehrt Auschwitz und seine "Bewältigung" auch als historisch einzigartige Tat eines Volkes besetzten. Wenn ein ganzes Volk eine so schrecklich einzigartige Tat aufarbeiten kann, dann ist es demokratischer und zivilgesellschaftlicher Klassenprimus und kann sich den Verweis auf seine Vergangenheit von außen verbitten.
Viel "richtiger" als es in der Ausstellung geschieht, können sich die Deutschen wahrscheinlich nicht über ihre Vergangenheit verständigen. Sich jetzt als Alliierte zu inszenieren heißt auch, das Eingreifen der Alliierten im 2. Weltkrieg als legitimen Krieg gegen Deutschland zu begreifen und sich bewußt zu sein, auf der falschen Seite gestanden zu haben.
Dieses sich andeutende rot-grün-deutsche Geschichts- und Selbstverständnis mag sich vielleicht noch nicht ganz durchgesetzt haben, wie die Proteste gegen die Wehrmachtsausstellung und die irritiert-zögerliche Haltung der Konservativen zum Krieg zeigen, stellt aber doch, und das gestehen etwas smartere CDU-Verbände wie der Hamburger Landesverband zu, die einigendere und zukunftsfähigere Variante einer deutschen Selbstfindung dar. Der Bruch mit dem bisherigen konservativ geprägten Selbstverständnis der deutschen Nation (Verdrängung und Verharmlosung, Relativierung etc.) ist die Überwindung einer anklagenden Vergangenheit und erreicht einen Grad an offener Identifikation mit dem deutschen Zwangskollektiv, wie es in Verdrängung und Relativierung nicht möglich sein konnte.

Morgenthau-Plenum HH

---

[1] Aus: autonome Antifas (Hg.), Im Nebel deutscher Verdrängung marschieren die Neonazis, Geschichtskonstitution – Lebenslügen – Neonaziaufmärsche; Reaktionen auf die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44"

[2] In der politischen Lageeinschätzung der „Im Nebel deutscher Verdrängung marschieren ..."-Broschüre kommt diese Konstellation gar nicht erst vor. Ganz im Gegenteil prallen dort auf Seite 6 „eine rationale politische Position - die im vorliegenden Fall auch fortschrittlich ist - und der zutiefst irrationale Ausdruck einer Generation alter Männer - der hier auch erzreaktionär ist - [...] aufeinander". Den AutorInnen stellt sich zudem die „erzreaktionäre" Seite so dar, daß eine Clique von Neonazis, *„immer mit dem Daumen am Puls der Volksseele"* die psychische Situation einer auch „Verdrängungskünstler" genannten „Generation alter Männer" ausnutzt, die sich in einer Situation befänden, die sich einfach nur unglaublich gut dafür eignet, von den Nazis unter Vorspielung falscher Tatsachen („Unsere Väter waren keine Verbrecher" sei für die Nazis „bloße Demagogie") instrumentalisiert zu werden. *„Zur Durchsetzung ihrer Ziele bedienen sie* [die Nazis] *sich geschickt eines Umstandes, der ebenfalls zum nationalsozialistischen Erbe gehört: Sie machen es sich zunutze, daß die Deutschen als Kollektiv eine unglaubliche Sturheit entwickeln können, wenn sie genau wissen, daß sie total im Unrecht sind".*

Grenzen auf, Grenzen weg
Aktionen, Diskussionen und viele Fragen: Eine Einschätzung des Antirassistischen Camps bei Zittau

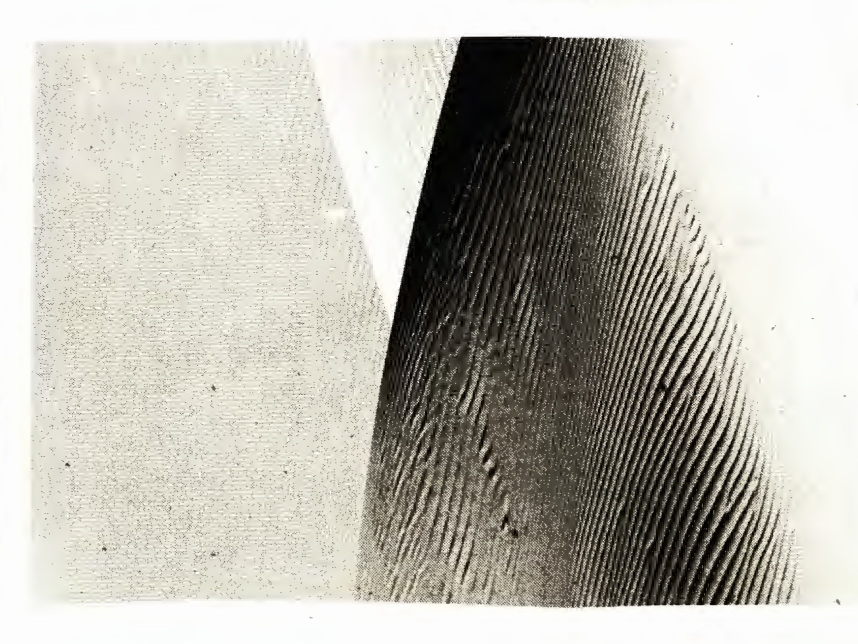
Autos mit Aufklebern, die sich gegen die Denunziation von Flüchtlingen wenden. „Lückendorf – Rassistennest – Wir schikken dir die Beulenpest!", ruft jemand durchs Megaphon. Etwa 70 Leute spazieren durch die 550-Seelen-Gemeinde Lückendorf im Zittauer Gebirge, verteilen eine Zeitung der Kampagne „kein mensch ist illegal", schmücken Laternen, Häuser. Da platzt einem der Demonstranten wegen der wenig populistischen Lautsprecherdurchsagen der Kragen, er ruft: „Bürger, laßt das Glotzen sein, kommt herunter, reiht euch ein!" Kein besonderer, aber ein exemplarischer Vorgang für eine der Diskussionen während des Antirassistischen Grenzcamps Mitte August in Zittau.
Das Verhältnis zur Bevölkerung muß Thema sein, wenn man aus allen Teilen Deutschlands in eine rechts dominierte Region fäht, um dort – ja, was eigentlich? Die Menschen dort abholen, wo sie sind? Das wollte wohl niemand der rund 1300 TeilnehmerInnen des Camps. Sich auf rassistische Argumentationsweisen einzulassen, kam ebensowenig in Frage. Soweit herrschte Konsens. Aber dann? Aufklärung? Linke Gegenkultur? Alternativen aufzeigen? Einfach provozieren?
Als Sprachregelung einigte man sich auf die Formulierung: „Die Wenigen ansprechen, die anders denken, die sich solidarisch gegenüber Flüchtlingen verhalten." Nicht die Rassisten zu Nichtrassisten machen, sondern die Nichtrassisten ermutigen, Courage zu zeigen, vielleicht sogar Fluchthilfe zu leisten. Doch auch wenn dies die Botschaft des Camps war, Konsens unter den TeilnehmerInnen war es nicht.
Wie auch? Eine buntere Zusammensetzung als die des Camps findet man selten bei einer politischen Aktion.
Immerhin blieben Mler, StalinistInnen und FDJler dieses Jahr der Aktionswoche fern – die AA/BO ebenfalls. Eine Bündnisveranstaltung war das Grenzcamp nicht. Dafür war die volle Bandbreite des antiautoritären Spektrums vertreten: AnarchistInnen, Punks, Antideutsche, Hippies, Alt-Autonome, junge Antifas, Ex-Antiimps, Wohlfahrtsausschüsse – viele ganz Junge, im ersten Jahr ihrer Politisierung, und nicht wenige alte KämpferInnen, die seit 20 Jahren dabei sind: Keine günstige Basis für einen politischen Konsens oder eine gleichberechtigte Diskussion über Widersprüche. Dabei haben es die LückendorferInnen den angereisten AntirassistInnen nicht schwer gemacht. Nur eine Handvoll DorfbewohnerInnen verhielt sich halbwegs fair, der Rest tat – erfolgreich – alles dafür, das Camp nicht im eigenen Nest stattfinden zu lassen. Das ging so weit, daß der nicht gerade linksradikale Verpächter der Wiese im Dorf nicht mehr gegrüßt wurde. Wer bitte schön soll denn da noch "runterkommen" um sich einzureihen?
Natürlich konnte das Camp nur Fragen aufwerfen. Offen bleibt, was eine Linke tun soll, die sich als nicht autoritär begreift, sich also auch nicht gegen die Masse der Menschen gewaltsam durchsetzen will, aber auch nicht mehr glaubt, sie überzeugen zu können und dazu größtenteils auch gar keine Lust hat, beziehungsweise die Bevölkerung inzwischen eher als politischen Gegner ansieht.
Es gab aber noch andere Debatten, die während der Woche in Zittau eine Rolle spielten: Etwa der Streit um die Parole „Keine Grenze für immer". Verschiedene TeilnehmerInnen kritisierten diesen an der deutschen Ostgrenze mehr als zweideutigen Spruch scharf: Diese Parole sei auch von Vertriebenenverbänden benutzt worden. In einer halbwegs sachlichen Plenumsdebatte teilte die Mehrheit diese Kritik.
Eine Aktion wurde anschließend umgeplant. War zunächst zur Verwirrung und Störung des BGS vorgesehen, eine nächtliche „Schnitzeljagd" an der Grenze zu veranstalten, bei der es darum gehen sollte, nach 22

Uhr über die nach diesr Uhrzeit geschlossene Grüne Grenze zu gelangen – also auch von Deutschland nach Tschechien, wurde dieser Plan schließlich revidiert. Die Aktion fand nur Richtung BRD statt.
Dennoch wurde immer wieder während der neun Tage klar, daß das Camp nicht für alle ein Antirassistisches Grenzcamp, sondern für viele ein Anti-Grenzcamp war. Da wurde von der Utopie einer Welt ohne Grenzen phantasiert, von Grenzen geredet, die einem selbst gesetzt würden und die es zu überschreiten gelte. Alles schön und gut, aber eben Opfer-Diskurse. Die Ausrichtung des Grenzcamps im letzten Jahr war eindeutiger: Gegen die rassistische Grenzpolitik der BRD, gegen das BGS-Grenzregime in der Grenzregion, gegen rassistische und denunziationswillige BürgerInnen und gegen organisierte Nazis. Die eigenen Privilegien wurden erkannt.
Dafür nahmen dieses Jahr viel mehr Menschen nichtdeutscher Herkunft an dem Camp teil – vor allem dank der Wagenplatzhippies, die eine internationalere Kultur pflegen als die meist ausschließlich deutschen Antideutschen oder Autonomen. Trotzdem waren es nicht zuletzt die Hippies, denen es wohl mehr um die eigene Befreiung ging. Ein Aktionsvorschlag aus dieser Gruppe: Sich mit Schlamm beschmieren und durch Zittau laufen. Das wäre doch megageil.
Klar paßt in so ein utopisch-anarchistisches Weltbild nicht, daß es nach der Wende notwendig war, die deutsche Ostgrenze entlang Oder und Neiße anzuerkennen. Schließlich war es jahrelang antirassistischer, linksradikaler Konsens gewesen, „Offene Grenzen" zu fordern. Die Forderung „Keine Grenzen" ist ein Bruch damit.
Einig dagegen war man sich auch diesmal, das deutsche Grenzregime anzugreifen. Besonders schön: Die mehrstündige Blockade einer BGS-Kaserne und eine Aktion, bei der mit „verstecktem Theater" die Klosterruine in Oybin in eine Festung Europa verwandelt wurde. Auch die trotz Verbot durchgesetzte Demo zum Flüchtlingsheim Zittau (*Jungle World*, Nr.34/99), die Kontaktaufnahme mit den Flüchtlingen dort und die Konstituierung eines aus Deutschen und Flüchtlingen bestehenden Komitees für die dezentrale Unterbringung der AsylbewerberInnen waren ein Erfolg.
Eine weitere Diskussion, die eher in kleinen Kreisen geführt wurde: Welchen Sinn macht es, die EU-Außengrenze als Wohlstandsgrenze zu charakterisieren? Eine etwas surrealistische Aktion brachte diese Frage aufs Tapet: Etwa 50 TeilnehmerInnen des Camps besuchten eine Einfamilienhaussiedlung und ließen sich in den Vorgärten nieder, packten Decken aus, picknickten, spielten Federball, hörten Musik. An die erzürnten Hausbesitzer wurden wirre Flugblätter verteilt, in denen von „virtuellen RaumschreiterInnen" die Rede war, deren Mission es sei, eben hier Räume zu durchmessen. Grenzen wurden als Einzirkelung des Eigentums, als Schutzwall der Habenden gegenüber den Nichthabenden dargestellt. Insofern ähnele die Wohlstandsgrenze Gartenzaun der EU-Außengrenze.



Natürlich ist die Angst vor dem Verlust des Eigentums ein wesentlicher Bestandteil rassistischer Argumentationen, und natürlich ist die Ausländer-Raus-Politik auch eine zur Absicherung des eigenen Wohlstands. Trotzdem ist Rassismus mehr. In Diskussionen mit der Zittauer Bevölkerung war die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes oder vor Diebstählen in der Laubenkolonie nur ein Argument unter anderen. Gerade die Furcht vor „Überfremdung", vor den „anderen Kulturen" wurde immer wieder vorgebracht.
Am Ende scheint die soziale Angst auch eine Ausrede der Rassisten für ihren Rassismus zu sein. Die Argumentation kann schnell in eine Debatte wie die um Gollwitz münden, als ostdeutsche Parteikommunisten die rassistischen Ausbrüche der Gollwitzer Dorfbevölkerung relativierten: Das seien doch nur Opfer der sozialen Krise. Deshalb ist es wichtig, die rassistische Bevölkerung nicht als Krisenopfer und potentiellen Bündnispartner, sondern vor allem als Täter zu bezeichnen.
Daß all diese Diskussionen nicht wirklich ausgetragen, zum größten Teil nur angerissen wurden, kann man als Manko des Camps bezeichnen. Es läßt sich aber auch anders sehen: Viele AktivistInnen wurden erstmals mit diesen Fragen konfrontiert, die Verbindung mit Aktionen machte die Diskussion konkret, es kam zu dauerhaften Initiativen. Zudem hat in der Region Zittau das Camp wochenlang die Schlagzeilen beherrscht, es hat den BGS und die Nazis gestört, ist den BürgerInnen auf die Pelle gerückt – was will man mehr?

Text von Ivo Bovic aus Jungle World Nr.35/36; 25.08./1.09.99



Offener Brief zu den Hausdurchsuchungen vom 6.7.1999

die mit "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" oder "gefährlicher Eingriff in den Schienenverkehr" begründet wurden.

Am 6.7.1999 durchsuchte das Bundeskriminalamt (BKA) insgesamt 10 Wohnungen in Berlin, Bremen, Hamburg, im Landkreis Lüchow-Dannenberg und im Landkreis Lüneburg, einen Taxi-Betrieb in Berlin Kreuzberg und ein Umweltinstitut in Bremen. Der Vorwurf lautet "Verdacht auf Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" (§129a) oder "gefährlicher Eingriff in den Schienenverkehr" (§315). Nach der Pressemitteilung des Generalbundesanwaltes (vom 6.7.1999) waren 9 StaatsanwältInnen, 100 BKA-BeamtInnen und weitere 200 PolizistInnen der Länder beteiligt. Die angetroffenen Beschuldigten wurden erkennungsdienstlich behandelt, teilweise wurden noch zusätzlich Speichelproben und Haarproben (aus Haarbürsten) für DNA-Analysen entnommen. In eine Wohnung in Berlin drangen vermummte SEK-BeamtInnen mit Stahlhelm und gezogenem Revolver ein. Ein Mensch wurde von der Arbeit 'verbracht'.

Nach Angaben der Bundesanwaltschaft gingen der Durchsuchungsaktion "intensive Ermittlungen der 'Arbeitsgruppe Energie' beim Bundeskriminalamt" voraus. Diese Ermittlungen hätten ergeben, daß die Aktionen auf eine Personengruppe aus dem militanten Widerstand gegen die CASTOR-Transporte und auf eine aus dem Widerstand gegen die Olympischen Spiele in Berlin (AOK, Anti-Olympia-Komitee) zurückzuführen sind.

Begründet wurde der Vorwurf mit den Hakenkrallenaktionen gegen die Deutsche Bahn AG, die laut Pressemitteilung des Generalbundesanwaltes am 7. Oktober 1996 an 12 Orten im Bundesgebiet und am 25. Februar 1997 an 8 weiteren Orten in Norddeutschland stattfanden, sowie dem "Kommuniqué autonomer Gruppen" zu diesen Aktionen und weiteren BekennerInnenschreiben. In dem breit veröffentlichten Kommuniqué heißt es dazu: "Ziel der Anschläge war es, die Deutsche Bahn AG unter Druck zu setzen, um die CASTOR-Transporte auf dem Schienennetz einzustellen."

Aus der Zeitgleichheit der Aktionsserien und gemeinsamer Erklärungen schließt die Generalbundesanwaltschaft auf die Existenz einer Organisation "Autonome Gruppen", deren "Führungskader" sie in den Beschuldigten gefunden zu haben glaubt. Es gibt eine weitere Beschuldigung wegen gefährlichem Eingriff in den Schienenverkehr im Rahmen des Widerstandes gegen das AKW Krümmel.

Die Staatsanwaltschaft unterstellt, daß durch die reißenden Oberleitungen Gefahr für Leib und Leben von LokomotivführerInnen und Reisenden entstanden war. Dagegen geht aus den Diskussionen der Anti-AKW-Bewegung ganz klar hervor, daß solche Aktionen so angelegt sind, daß keine Menschen gefährdet werden. In dem besagten Kommuniqué heißt es dazu: "Wir bewegen uns mit dieser Aktion im Konsens des wendländischen Widerstandes, keine Menschenleben zu gefährden".

Es gibt elf "Beschuldigte" und neun weitere "Betroffene", wobei dieses Personen sind, die mit den Beschuldigten in Kontakt stehen sollen, oder zu deren Räumen die Beschuldigten Zugang haben sollen.

Die Durchsuchungen - zumindest bei den Beschuldigten - fanden in allen Räumen statt, zu denen sie nach Ansicht der Staatsanwaltschaft Zugang haben. Das betraf auch Keller, Dachböden, Schuppen, Ställe, Autos, Gärten und landwirtschaftliche Flächen. Die Durchsuchungen begannen zeitgleich etwa um 8 Uhr morgens und dauerten bis zu 13 Stunden. Es wurde zugelassen, eine Anwältln zu benachrichtigen, dann aber konnten, bis auf eine Ausnahme, keine weiteren Telefongespräche geführt oder empfangen werden.

In Bremen gehört ein Mitarbeiter der Meßstelle für Arbeits- und Umweltschutz (MAUS e.V.) zu den Beschuldigten. Sein Arbeitsplatz, sowie die Räume der Meßstelle und das gesamte Haus, in dem sich die Meßstelle befindet, wurden durchsucht. Geschäfts- und Arbeitsunterlagen wurden in einem Ausmaß beschlagnahmt, daß ein Weiterbetrieb gefährdet ist. Hier wurde vor Ort eine weitere Beschuldigung erhoben: "Anfangsverdacht des Betruges durch unzweckmäßig verwendete Fördergelder". Das geschah sicher nicht zufällig: Die Meßstelle hat z.B. die Kampagne gegen Atomtransporte durch Bremen und Bremerhaven ('97,'98) wissenschaftlich begleitet und politisch unterstützt. Diese Kampagne bekam durch den "CASTOR-Skandal" eine zusätzliche Bestätigung.

Nach unseren bisherigen Erkenntnissen wurden bei den Durchsuchungen beschlagnahmt (wobei bei den verschiedenen Durchsuchungen sehr unterschiedlich vorgegangen wurde): PCs und Datenträger (Disketten, CDs), Videofilme, Fotos, Kalender, Adress-, Notiz- und Tagebücher, Material, an dem gerade gearbeitet wurde (unter anderem Artikel und weitere Texte, unabhängig vom konkreten Tatvorwurf), Krankenunterlagen und Therapieunterlagen über die eigene Behandlung, PatientInnenunterlagen, Strategiediskussionen zu Uran-, CASTOR-Transporten und AKW-Widerstand, Unterlagen zu Bankkonten, Quittungen, Verträge usw., Schraubstöcke, Rohrzangen, Bolzenschneider, Schraubschlüssel, Eisenbahnschienen, Funkscanner, Signalwesten, Landkarten, Schreibmaschinen, Typenrad, Handschriften- und Schreibmaschinenproben, Haarbürsten und



Protest von Kernkraftgegnern vor dem Kanzleramt in Bonn

Hanfpflanzen. Außerdem wurden Zigarettenkippen beschlagnahmt,da laut eines Durchsuchungsbeschlusses eine Zigarette (Marke 'Juwel) auf einer Betonschwelle im Gleisbett ausgedrückt worden sei. Sie soll 13,20 m von der Stelle gelegen haben, an der eine Hakenkralle bei Potzdam eingehängt worden sein soll.
Erfahrungsgemäß kann es eine zweite Welle von Durchsuchungen geben. Darauf sollten wir uns vorbereiten!
Diese Staatsschutzaktion steht für uns im ganz konkreten Zusammenhang mit den Energiekonsensgesprächen zwischen Regierung und Atomindustrie.
Im Vorfeld der politisch und praktisch in Vorbereitung befindlichen Atomtransporte soll der Widerstand dagegen kriminalisiert, eingeschüchtert, in "friedliche" und "gewalttätige" gespalten und dadurch geschwächt werden. Das bekommt gerade jetzt eine besondere Bedeutung:

- Weil sich die Grünen und die SPD von ihrer Kritik an der Atomtechnologie mit der Übernahme staatlicher Macht immer stärker zu den Garanten der Atomindustrie entwickeln.
- Weil demnächst wieder Atomtransporte von den AKW zu den Wiederaufarbeitungsanlagen LaHague (F) und Sellafield (GB), bzw. von diesen Anlagen in die "Zwischenlager" Gorleben oder Ahaus, oder von den AKW in die "Zwischenlager" rollen sollen.
- Weil außerdem fast täglich Atomtransporte, wie z.B. mit Uranhexafluorid für die Brennelementeproduktion durch die BRD fahren.

Abschließend wollen wir betonen:
Unsere Widerstandsformen gegen die menschenfeindliche Atomtechnologie bestimmen wir selbst. Wir lassen sie uns nicht von den VertreterInnen der Atomindustrie und deren staatlichen UnterstützerInnen vorschreiben!
Egal, welche "Farbkombination" in Berlin regiert: Wir werden solange gegen Atomanlagen und -transporte kämpfen, bis alle Anlagen stillgelegt sind!
Wir wissen: Gemeint sind wir alle - aber wir lassen uns nicht einschüchtern und auch nicht spalten. Entscheidend für Veränderung war immer nur der Druck, den wir selbst erzeugen konnten.
Sofortige Rückgabe aller beschlagnahmten Gegenstände!
Einstellung aller Verfahren gegen AtomkraftgegnerInnen!
Sofortige Stillegung aller Atomanlagen!

Es folgt eine Seite mit UnterzeichnerInnen, die wir uns hier sparen, der Setzer

Gemeinsames Solikonto: Rote Hilfe e.V., Kto. 48 19 12 206, BLZ. 200 100 20, Postbank Hamburg, Verwendungszweck: "Goldene Hakenkralle" Wir brauchen starke finanzielle Unterstützung. Damit Ihr eine Vorstellung habt: Bei 20 Betroffenen sind bisher etwa 20 AnwältInnen beteiligt.

Info-Ordner sind einzusehen:

Hamburg: Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg, Tel./Fax: 040/ 44 60 95 (T), 410 8122 (F) Archiv der Sozialen Bewegungen, Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg, 040/ 433 007 (T), 4325 4754 (F) Anti-Atom-Büro Hamburg, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, 040/ 390 9222 (T), 390 3527 (F)

NATO-Krieg und politische Gefangene in der BRD
Veranstaltung

Die Rote Hilfe e.V. hat eine Kampagne für die Freilassung der Gefangenen aus der RAF gestartet, die wir unterstützen wollen. Hierzu planen wir eine Veranstaltungsreihe zu verschiedenen Themen, in welchen die Gefangenen und Fragen der politischen Analyse im Vordergrund stehen. Beginnen wollen wir mit einer Veranstaltung die den Kampf der RAF gegen NATO und imperialistischen Krieg in einen Zusammenhang bringen soll mit der aktuellen Kriegspolitik der NATO nicht nur gegen Jugoslawien.

Es soll beleuchtet werden, wie die Entwicklung der RAF immer auch den Kampf gegen die NATO und den deutschen und us-amerikanischen Imperialismus im Zentrum ihrer Politik stehen hatte. Dies vor dem Hintergrund des heutigen Angriffskrieges der NATO gegen Jugoslawien, der trotz der derzeitigen Einstellung des Bombardements noch lange nicht zu Ende ist . Mit der Besetzung eines souveränen Landes durch NATO-Truppen wird eine Entwicklung fortgesetzt, welcher der entschiedene Kampf der RAF in den 70er und 80er Jahren galt. Einige der ProtagonistInnen der antiimperialistischen und Anti-NATO-Kämpfe der achtziger Jahre sitzen heute noch im Knast.
Ist es möglich aus dem heutigen Kampf gegen NATO und deutschen Imperialismus Solidarität mit jenen zu entwickeln, die heute noch für ihren Kampf gegen die selben Feinde in den Knästen sitzen?
Wir wollen erreichen, von der abstrakten Ebene der Solidarität mit den Gefangenen herunter zukommen. Es soll deutlich werden, daß ihr Kampf unser Kampf ist!
Für uns gibt es viele gute Gründe die Freilassung der Gefangenen zu fordern.
Ein sehr wichtiger Grund ist es, daß die Gefangenen ein wesentlicher Faktor in den revolutionären Kämpfen der letzten 30 Jahre waren. Der Kampf der RAF und anderer bewaffneter und militanter Gruppen hat mit dem Vorschlag für einen revolutionären Prozeß und dessen Verlauf, der Linken in der BRD eine enorme Fülle von Erfahrungen mitgegeben. Durch die Aufnahme des bewaffneten Kampfes durchbrach unter anderen die RAF die Defensivposition, die spätestens seit der faschistischen Machtübernahme die kommunistischen und antifaschistischen Kräfte kennzeichnete. Das Gewaltmonopol des Staates zu brechen, in der Praxis offensichtlich zu machen, daß Staat und Kapital angreifbar sind, das waren zentrale Momente für die Vorstellung, daß ein revolutionärer Prozeß auch hier in der BRD nicht nur notwendig, sondern möglich ist.

Folgende Gefangene aus der RAF sind noch im Knast:
Rolf Heißler, Frankenthal - in Haft seit 1979
Rolf-Clemens Wagner, Schwalmstadt - in Haft seit 1979

Christian Klar, Bruchsal - in Haft seit 1982
Brigitte Mohnhaupt, Aichach - in Haft seit 1982
Heidi Schulz, Köln - in Haft von 1982 bis 1998; zur Zeit Haftaussetzung wegen schwerer Krankheit
Eva Haule, Frankfurt - in Haft seit 1986
Birgit Hogefeld, Frankfurt - in Haft seit 1993

Die Entstehungsgeschichte der RAF steht in einem engen Zusammenhang mit den Diskussionen Ende der 60er Jahre. Nicht nur in kleinen klandestinen Zirkeln, sondern auf Massenteachins wurde über die Anwendung revolutionärer Gewalt diskutiert. Die RAF kommt aus den Diskussionen des radikalen und internationalistischen Teils der damaligen StudentInnenbewegung.
Deshalb war Internationalismus ein Grundelement der Politik der RAF. Er war der Versuch, die 100 Jahre alte Idee - "Proletarier aller Länder vereinigt euch" - zu aktualisieren. Es ging darum, im Zusammenwirken revolutionärer Kräfte weltweit die Veränderung des globalen Kräfteverhältnisses zu erreichen. Für uns läßt sich die Politik der RAF nicht auf ihre Form - bewaffneter Kampf - reduzieren. Wir wollen die Politik der RAF in ihrer Gesamtheit beurteilen. Dazu gehört auch, über Fehler zu sprechen. Und zu diskutieren, was aus den Erfahrungen, Motiven und inhaltlichen Bestimmungen der 70er und 80er Jahre für heute noch gilt. Gerade auch vor dem Hintergrund, daß ein wesentliches Element der Politik der RAF der Kampf gegen NATO und imperialistischen Krieg nach Außen und nach Innen war. Angesichts der Entwicklung der BRD und der NATO und angesichts des Angriffskrieges gegen Jugoslawien unter direkter Beteiligung der BRD stoßen wir auf viele Analysen und Erklärungen der RAF, die diese Entwicklung vorhergesehen haben und ihrem Entstehen ihren Widerstand entgegengesetzt haben, z.B. Angriffe auf die NATO-Generäle Kroesen und Haig, die Nato-Schule in Oberammergau, die US-Air Base in Ramstein und Frankfurt u.s.w.
Wir wollen eine Diskussion führen vor dem objektiven Hintergrund der heutigen Situation. Heute sehen wir, daß das, was in den 80ern als imperialistische roll-back-Strategie bezeichnet wurde ("zurück bis hinter die Oktoberrevolution") Realität geworden ist. Vor allem aber auch die Entwicklung Europas zu einem ökonomisch-militärischen Machtzentrums unter der Dominanz der BRD. Und sehr viel krasser sichtbar, als es in den 70ern und auch noch den 80ern überhaupt vorstellbar war, ist heute, wie die Durchsetzung von für das Kaptal notwendigen günstigeren Verwertungsbedingungen einhergeht mit einer wirklich reaktionären politisch-repressiven Offensive der herrschenden Klasse. Am deutlichsten sichtbar am erstmaligen Einsatz deutscher Soldaten nach 45 beim Überfall auf einen souveränen Staat. Und ähnlich wie in den 70er Jahren übernimmt es eine sozialdemokratische Regierung der Bluthund zu sein.
Daß die Repression heute noch nicht die Ausmaße der 70er Jahre angenommen hat, liegt daran, daß es keinen Widerstand gegen die Kriegführung der Herrschenden gegeben hat. Dies ändert aber nichts an der an sich richtigen Erkenntnis, daß in der Geschichte Krieg nach Außen auch immer Krieg nach Innen bedeutet hat.

Als gegen Anfang der 70er Jahre in den Metropolen Westeuropas und den USA revolutionäre Organisationen den bewaffneten Kampf aufnahmen und ihren Kampf um Befreiung bewußt mit den Befreiungsbewegungen und RevolutionärInnen im Trikont in Zusammenhang stellten, war dies ein historischer Sprung auf dem langen Weg zur Befreiung. Mit diesen Kämpfen wurde eine Tür geöffnet, die den Blick auf eine neue Phase des Internationalismus freigab. Die Kämpfe, die die Schaltstellen in den Metropolen attackierten (Stichwort: „kein ruhiges Hinterland") waren nicht nur eine Hoffnung für die Völker im Trikont, sondern auch ein Lichtblick für viele , die in der Leere des Metropolenalltags, eingelullt von Konsum und ReformistInnen aller Art, auf der Suche nach einem anderen Leben waren. Auch heute sind wir wieder, nach einer allumfassenden Niederlage der revolutionären und fortschrittlichen Kräfte weltweit, auf der Suche nach Wegen und Lösungen.
Mit der Erinnerung an die Bedeutung dieser Phase von über 20 Jahren bewaffnetem Kampf geht es uns nicht um Revolutionsnostalgie. Angesichts der Tatsache, daß heute nicht nur die jeweiligen Herrschenden, sondern auch allzu viele der ehemaligen ProtagonistInnen dieser Kampfphase mit aller Macht versuchen diese Tür endgültig zuzuschlagen, erscheint es uns wichtig, zu betonen, daß es hier nicht um eine abgeschlossene Episode geht oder um persönliche Anekdoten.

Es wurde mit diesen Kämpfen eine Frage auf die Tagesordnung gesetzt, die heute, fast 30 Jahre nach diesem Aufbruch nichts von ihrer Brisanz verloren hat - die Praxis eines proletarischen Internationalismus, die dem aktuellen Niveau der Globalisierung des imperialistischen Systems entspricht.
Es geht uns in der Veranstaltung für die Freilassung der Gefangenen aus der RAF nicht darum, die einzige Wahrheit über die Kämpfe der Guerilla zu kennen. Wir wollen eine Diskussion mit all jenen, die bereit sind unter Aufrechterhaltung von Widersprüchen einen kritischen und solidarischen Diskurs zu führen. Um mit den Gefangenen aus Action Directe zu sprechen:*"Bei der Frage der politischen Gefangenschaft ist es entscheidend, zu verstehen, daß es nicht in erster Linie darum geht, unser Leben zu garantieren, sondern das Leben des Kampfes der unserer war und immer noch der unsere ist".*

Informations- und Diskussionsveranstaltung
mit ehemaligen Gefangenen aus der RAF
Mittwoch, den 22. September 1999 um
19.30 Uhr
in der Motte, Eulenstraße 43 in Ottensen

Veranstalter: Rote Hilfe e.V., AK Freilassung jetzt! Hamburg
Kontakt: Rote Hilfe e.V., Postfach 306302, 20329 Hamburg, Fax: 040-43188650



Schwarzer Hahn Lensian

Wendländisches Tagungs- und Gästehaus

- 14 Betten in Ein- bis Drei-Bett-Zimmern
- Selbstversorgung, Teil- oder Vollverpflegung
- Übernachtung 15,--/ 18,-- DM pro Person
- Seminarraum, Küche, Aufenthaltsräume, Duschen, großer Innenhof
-

Kulturverein 'Schwarzer Hahn' e.V.
Am Rundling 1
29462 Lensian
Telefon: 05843/241
Fax: 05843/1413
e-mail: schwarzer-hahn@t-online.de









■ Stadt- Nah- u. Fernumzüge ■ Büroumzüge ■ Beiladungen ■ Packservice ■ Behördenabrechnungen ■ Kartonverkauf

BERNSTORFFSTR. 117
22767 HAMBURG
TELEFON & FAX
040 / 43 25 16 17

Frühstücken SONNTAGS VON 11-18 UHR
UNTER EINEM ANDEREN STERN
Rundstücken NACH LANGER NACHT
Spätstücken



im **FRITZ BAUCH**

Imbiß International
Schulterblatt 69
20357 Hamburg
(früher: Weiße Ecke)



Literatur & Politik
Schulterblatt 55
Tel. 040 / 430 08 08
Fax. 040 / 430 16 37

Kinderbuch & Pädagogik
Schanzenstraße 6
Tel. 040 / 430 08 88

Montag - Freitag
9.30 - 18.30

Samstag
10.00 - 14.00

c/o DIE DRUCKEREI
20357 Hamburg

Viel PC für WENIG Geld!

Bücher, Broschüren und Archiv zu folgenden Themen:
- Feminismus • Antifaschismus
- Internationalismus • Europa
- Umstrukturierung • Rassismus und Anti-Rassismus • Patriarchat
- Knast und Repression • Anarchismus
- Kommunismus • Anti-AKW
- aktuelle Infos

Buch- und Infoladen
Schwarzmarkt
Kl. Schäferkamp 46 20357 HH
fon 040 4466955 fax 040 4108122

Mo., Mi., Fr., von 14.00 - 19.30 Uhr
Sa., 12.00 - 15.00 Uhr Jugendtag

Ihr könnt euch außerdem selber Material für Büchertische zusammenstellen

Rote Flora im September

Freitag 3.9 23 Uhr	epicenta 006 Hammerheart the year-to-year vibesmaster playing posive dancehall music
Samstag 4.9.	10 Jahre Rote Flora-Unkraut vergeht nicht?! Schanzenfest ab 23 Uhr United Soundsystems (Reggea) und „autonome Hopsmusik" (classics)
Dienstag 7.9. 18-23 Uhr	Dubcafe-Roots Commandement
Freitag 10.9. 23 Uhr	lesbisch/schwuler Keller Club 60's soul, Indie &Türk Pop No House No Techno
Samstag 11.9 22 Uhr	Sol i Salsa Party der Chile Koord. Hamburg Erst 25 Jahre nach dem faschistischen Putsch, der Verschleppung, Folter und Ermordung hunderttausender Menschen durch den von USA, BRD und anderen westlichen Ländern geförderten Diktator Pinochet können einige Überlebende Prozesse gegen ihn führen. Das Geld dieser Party soll ihnen dabei helfen!
Dienstag 14.9. 21 Uhr	HC-Konzert-Kobayashi (HC-Punk aus Bremen)
Dienstag 14.9 18-23 Uhr	Dubcafe/weed Acoustix
Donnerstag 16.9.21 Uhr	„Lärmabend" mit Motorsägenservice aus HH und Mortify aus Tschechien (Deth-Grind-Noise)
Freitag 17.9. 23 Uhr	Bassplace Roots und Dub mit Shanty Town und Gästen
Samstag 18.9. 22 Uhr	„move to change" Soliparty für die gleichnamige Zeitung der Gruppe RES (RevolutionäreSozialistInnen) first: Silly Walks Soundsystem & Mc Black kappa(the hottest selection in town) second: corrinte latina – Lola Buget Dj Ricardo und Dj Max
Dienstag 21.9. 18-23 Uhr	Dubcafe / a-team soundflash
Freitag 24.9. 22 Uhr	Yankyard II Antifa Soliparty supertoll wie immer!
Samstag 25.9. 21 Uhr	Vollmondorchester
Dienstag 28.9. 18-23 Uhr	Dubcafe / special friends from Outerspace

Nach einer langen durchzechten Nacht nahm Heinz noch einen tiefen Schluck aus der hochprozentigen Pulle. Plötzlich sackt er zusammen. Ihm ist hundeelend, kalter Schweiß steht auf seiner Stirn.

Regelmäßige Termine

Montag	vegetarisches Essen ab 19 Uhr
Montag und Donnerstag	Archiv der Sozialen Bewegungen 16-19 Uhr Telefon: 433007 Fax: 43254754
Dienstag	Dubcafe (s.o.) 18-23 Uhr
Donnerstag	Kochkollektiv lecker vegetarisch günstig ab 19 Uhr
1. Freitag im Monat	epicenta Reggea Club Roots/Dub/Dancehall ab 23 Uhr
1. Samstag im Monat	Frühstück ab 11 Uhr